

Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens-
und Konfliktforschung e.V. (AFK)

Band XX

Klaus Dieter Wolf (Hrsg.)

Ordnung zwischen Gewaltproduktion und Friedensstiftung

51

MK
3500
J25
-20

Nomos Verlagsgesellschaft

 Baden-Baden

Feindbilder und Einstellungen - Die kognitive Erklärung, ihre Mängel und sozialpsychologische Abhilfe

1. Einleitung

"Wenn die Wahrheit das Ziel ist, dem das Denken, wie einst Kant es meinte, in unendlichem Prozeß sich nähern soll, hat sie im verhärteten Urteil ihr schwerstes Hindernis."

Max Horkheimer

Spätestens seit 1989 war immer wieder vom Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion die Rede. Es hieß, der Antikommunismus sei verschwunden und das verhärtete, negative Urteil über die Länder östlich der ehemaligen Systemgrenze, insbesondere das über die Sowjetunion, abgelöst durch positivere Bewertungen. Doch hatte nicht die Friedensforschung immer wieder darauf hingewiesen, daß Feindbilder außerordentlich stabil und kaum aufzulösen seien? Und traf das nicht sogar in besonderer Weise auf das antikommunistische Feindbild zu, das in (West-)Deutschland schon eine mehrere Jahrzehnte lange Tradition besaß? Dieser scheinbare Widerspruch, der Rückgang antikommunistischer Einstellungen sowie die wachsende Sympathie für die Sowjetunion auf der einen und die wissenschaftlichen Beiträge zum Thema Feindbilder auf der anderen Seite, ist der Spannungspunkt, aus dem sich die Leitfrage dieser Studie ergibt: Wie ist der Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion bei der bundesdeutschen Bevölkerung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre zu erklären?

Durch den Feindbildzerfall ist nicht nur neuer Erklärungsbedarf, sondern sind gleichzeitig auch neue Erkenntnismöglichkeiten entstanden. Indem der Zerfall des antikommunistischen Feindbildes in der Bundesrepublik Deutschland analysiert wird, lassen sich Aufschlüsse darüber gewinnen, von welchen Faktoren ein Feindbildabbau abhängig ist. Und darüber hinaus kann ein solcher Beitrag zur Politischen Psychologie der internationalen Beziehungen auch Hinweise für den in der Friedensforschung bis heute vernachlässigten Bereich der psychischen Dispositionen der Bevölkerung für Feindbilder erbringen. Wenn die jüngste Bestandsaufnahme psychologischer Friedensforschung¹ nichts Neues gegenüber älteren, ähnlichen Bestandsaufnahmen enthält, kann wohl daraus geschlossen werden, daß insbesondere die Feindbildforschung den Feindbildzerfall bisher offenbar nur stumm zur Kenntnis genommen hat.² Doch gerade die Analyse des Feind-

1 Hans Nicklas, Psychologie des Unfriedens. Ergebnisse der psychologischen Friedensforschung, in: Ulrike C. Wasmuth (Hrsg.), Friedensforschung, Darmstadt 1991, S. 149-163.

2 Auch die neueste Publikation über Feindbilder in der internationalen Politik (Anne Katrin Flohr, Feindbilder in der internationalen Politik. Ihre Entstehung und ihre Funktion, Münster 1991)

bildzerfalls erlaubt auch Rückschlüsse auf die Konstitutionsbedingungen von Feindbildern. So kann die Frage nach den Bedingungen, welche in der BRD gegeben waren, daß hier in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein deutlicherer Feindbildabbau zu verzeichnen war als beispielsweise in Frankreich oder den USA, zu Antworten führen, die auch Rückschlüsse auf die Bedingungen der Feindbildentstehung und -stabilität ermöglichen.

Der Begriff *Feindbild* ist sowohl im alltäglichen als auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mit einer negativen Konnotation versehen, weil Feindbilder in der Regel als unberechtigte, negative Einstellungen gegenüber anderen gesehen werden. Doch auch wenn Feindbilder in den allermeisten Fällen auf Fehlwahrnehmungen beruhen, ist es nicht möglich, Feindbilder als Fehlwahrnehmungen zu definieren, denn die Klassifizierung als *Fehlwahrnehmung* setzt den Maßstab der *richtigen* Wahrnehmung voraus, den zu besitzen niemand für sich in Anspruch nehmen kann.³

Entsprechend müssen Feindbilder unabhängig von einem objektiven Maßstab bestimmt werden. Ein solcher Definitions-Versuch wird im zweiten Kapitel unternommen, um primär für den Zusammenhang dieser Untersuchung einen verwendbaren Feindbild-Begriff zu besitzen. Anschließend wird das antikommunistische Feindbild differenzierter betrachtet und in mehrere Komponenten zerlegt, um anhand dieser Komponenten sowohl den Feindbildzerfall als auch die Veränderungen in der sowjetischen Politik untersuchen zu können.

Im dritten Kapitel dieser Studie wird der Feindbildzerfall anhand ausgewählter Einstellungserhebungen dargestellt. Dem folgt im vierten Kapitel die Überprüfung der nächstliegenden Erklärung des Feindbildzerfalls, des unmittelbaren Zusammenhangs mit der sowjetischen Reformpolitik. Dabei wird deutlich, daß auf diesem Wege der Feindbildzerfall zwar ein gutes Stück weit, aber doch nicht vollständig erklärt werden kann. Am Ende dieses vierten Kapitels bleibt sozusagen ein Rest von unerklärten Sachverhalten, die im anschließenden fünften Kapitel in der hier möglichen Differenziertheit dargestellt werden. Aufgrund der festgestellten, nur begrenzten Reichweite der im

geht nicht auf den Feindbildzerfall ein. Einen zusammenfassenden Bericht über die amerikanische Feindbildforschung bieten Brett Silverstein/Robert R. Holt, *Research on Enemy Images: Present Status and Future Prospects*, in: *Journal of Social Issues* 45 (1989) 2, S. 159-175. Für eine Bestandsaufnahme der Feindbildforschung bezogen auf Erklärungen eines Feindbildzerfalls vgl. Christoph Weller, *Feindbildzerfall und -wandel. Zum Erklärungswert sozialpsychologischer Freund-Feind-Schemata*. Unveröff. Ms. Tübingen 1991, S. 59-84.

- 3 "Whether this is so or not, it is always the image, not the truth, that immediately determines behavior. We act according to the way the world appears to us, not necessarily according to the way it 'is'" (Kenneth E. Boulding, *National images and international system*, in: *Journal of Conflict Resolution* 2 (1959) 3, S. 120-131, S. 120). Vgl. dazu auch Robert Jervis, *Hypothesis on Misperception*, in: Richard A. Falk/Samuel S. Kim (Hrsg.), *The War System: An Interdisciplinary Approach*, Boulder, Col. 1980, S. 465-490, S. 471. Daniel Frei, *Feindbilder und Abrüstung. Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA*, München 1985, S. 13. Ders., *Feindbilder und Bedrohungswahrnehmungen. Die kognitiven Grundlagen von Sicherheit und Unsicherheit*, in: Wolfgang Heisenberg/Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Sicherheitspolitik kontrovers*, Bonn 1987, S. 98-109, S. 100. Bernd Six, "Vorurteil", in: Ekkehard Lippert/Roland Wakenhut (Hrsg.), *Handwörterbuch der Politischen Psychologie*, Opladen 1983, S. 326-335, S. 328. Milton J. Rosenberg, *Attitüdenveränderung und Außenpolitik in der Ära des Kalten Krieges*, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), *Zur Pathologie des Rüstungswettlaufs*, Freiburg 1970, S. 205-271, S. 252. Anne Ostermann/Hans Nicklas, *Vorurteile und Feindbilder*, München 1976, S. VII.

vierten Kapitel gewählten Erklärung werden dann im letzten Kapitel, durch den Rückgriff auf sozialpsychologische Forschungsergebnisse, ergänzende Erklärungsansätze vorgestellt, die aber noch weitere, über diese Studie hinausgehende, detaillierte Untersuchungen auf diesem Gebiet erforderlich machen. Ein Anhang enthält die genauen Daten und Quellen der für das Schaubild 1 verwendeten Meinungsumfragen zur Bedrohungswahrnehmung.

2. Das antikommunistische Feindbild: definitorische Probleme

2.1. Begriffsbestimmung

Bevor der hier zu erklärende Sachverhalt, der Feindbildzerfall dargestellt wird, muß begrifflich geklärt werden, was zerfallen sein soll. Die dabei auftretenden definitorischen Probleme ergeben sich primär dadurch, daß der Begriff "Feindbild" vor allem in politologischer Literatur vielfach Anwendung findet, dabei jedoch mit verschiedener Extension, ja oftmals ohne definitorische Festlegung verwendet wird. Darum will ich hier versuchen, mit einer deskriptiv orientierten Begriffsbestimmung, die an den vorhandenen Sprachgebrauch anknüpft und dabei die in der Feindbild-Literatur gegebenen Hinweise berücksichtigt, zu einer begrifflichen Klärung beizutragen. Diese Feindbild-Definition setzt sich aus vier Elementen zusammen:

Unter "Feindbild" verstehe ich eine (1) aus einem sozial vermittelten, (2) dichotomischen Wahrnehmungsmuster resultierende (3) grundsätzlich negative Einstellung (4) gegenüber einer anderen Gruppe.

- (1) Feindbilder sind immer kollektive Bilder, wobei das Wahrnehmungsmuster, welches die Bilder entstehen läßt, durch die Kommunikation und Interaktion in der *Gruppe vermittelt* und aufrechterhalten wird. Folglich soll mit "Feindbild" nicht die Einstellung oder Abneigung eines oder einer einzelnen gegenüber einer anderen Gruppe bezeichnet werden.⁴
- (2) Feindbilder entstehen durch *dichotomische Wahrnehmungsmuster*, wenn Handeln (im weitesten Sinne) beurteilt bzw. Informationen verarbeitet und damit interpretiert werden. Diese, die Informationen verzerrenden Wahrnehmungsmuster⁵ sind dicho-

4 Vgl. Kurt Lenk, Politische Soziologie, Stuttgart 1982, S. 141. Ekkehard Lippert/Günther Wachtler, "Feindbild", in: Dies. (Hrsg.), Frieden. Ein Handwörterbuch, Opladen 1988, S. 78-84, S. 79. Hans Joachim Lißmann/Hans Nicklas/Anne Ostermann, Feindbilder in Schulbüchern, in: Reiner Steinweg (Red.), Friedensanalysen 1: Schwerpunkt: Feindbilder, Frankfurt a.M. 1975, S. 37-62, S. 40. Das Feindbild ist dabei immer eine der Gemeinsamkeiten der Gruppe.

5 Ein zentrales, aus dem Feindbild-Schema resultierendes Muster, besteht darin, das Handeln des Gegners als funktional für ein negatives Ziel zu interpretieren. Wie beispielsweise mit einem antikommunistischen Feindbild die Perestroika interpretiert wurde, zeigt Gerhard Wettig (Perestroika der Außen- und Sicherheitspolitik, in: Sowjetunion 1988/89. Perestroika in der Krise?,

tomisch strukturiert, weil mit der negativen Interpretation von Informationen über die Fremdgruppe eine positive Bewertung der Eigengruppe verbunden ist.⁶

- (3) Bei Feindbildern sind die sozial vermittelten Wahrnehmungsmuster *negativ*, d.h., daß grundsätzlich von feindseligen, den eigenen Interessen zuwiderlaufenden Absichten der beurteilten Gruppe ausgegangen wird und die Informationen auf dieser Grundlage, nach diesem Muster verarbeitet werden.
- (4) Bei Feindbildern handelt es sich immer um Einstellungen *gegenüber einer Gruppe*, beispielsweise einem Volk, einem Staat, einer Nation oder einer religiösen Gruppe, auch dann, wenn nur von einer einzelnen Person, beispielsweise von einem Staatsherrn geredet wird.⁷

Als Alternative zu einem Feindbild-Begriff, der Feindbilder als Fehlwahrnehmungen, gemessen an der "richtigen" Wahrnehmung bestimmt, gehe ich von einem *graduellen* Feindbild-Konzept aus. Das Feindbild kann *mehr oder weniger stark* von negativen Einstellungen bestimmt sein, was wiederum von der Stärke des Wahrnehmungsmusters, also davon abhängt, wie konsequent dem Feindbild widersprechende Informationen uminterpretiert werden.⁸ Läßt das Wahrnehmungsmuster keine, dem negativen Bild des Gegners widersprechenden Interpretationen zu, ist von einem sehr starken Feindbild zu sprechen. Ist es hingegen möglich, daß einzelne Informationen auch positiv bewertet werden, ist das Feindbild weniger stark. Innerhalb dieses graduellen Feindbild-Konzepts kann von einem mehr oder weniger starken Feindbild sowohl bezüglich einzelner Menschen als auch in bezug auf Gruppen oder ganze Völker gesprochen werden.

hrsg.: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München 1989, S. 205-220, S. 215), wenn er bezüglich der nuklearen Abrüstung schreibt, daß die Sowjetunion "ausdrücklich den westeuropäischen Ländern ihr bisheriges Bedroher- und Feindbild zu nehmen und so der westlichen Sicherheitspolitik ihre Rechtfertigung zu entziehen" suchte.

- 6 Vgl. hierzu das Kapitel 6.1. Kognitive Wahrnehmungsprozesse. Karl-Günther Theobald/Gert Sommer, Ein Instrument zur Messung des Feindbildes Kommunismus/Sowjetunion: Entwicklung und erste Erprobung. Diskussionsbeiträge aus dem Fachbereich Psychologie der Phillips-Universität Marburg, Marburg 1988, S. 3, sprechen von einem "Deutungsmuster für politisches Geschehen". Ein eindrückliches Beispiel, wie unterschiedlich eine Information interpretiert und das vorliegende Handeln bewertet wird, findet sich bei David Finlay/Ole R. Holsti/Richard R. Fagan, *Enemies in Politics*, Chicago, Ill. 1967, S. 26: "If the average American reads of Canadian troop movements or field exercises along the American frontier, he is unlikely to feel any threat to the United States; [...] If, on the other hand, the same person is told that there have been *no* movements of Soviet troops for a long time, his reaction may well be one of suspicion, if not anxiety: 'What can they be up to now?'" (Hervorh. dort).
- 7 Daß ein Feindbild entsprechend dieser Definition sich niemals nur auf eine einzelne Person bezieht, hängt auch damit zusammen, daß sich ein Feindbild zumindest auch auf diejenigen bezieht, die den entsprechenden Gegner positiv beurteilen.
- 8 Damit erübrigt sich die hier und da vorgenommene, aber problematische Unterscheidung von latenter und manifestem Feindbild.

2.2. Komponenten des Antikommunismus

In der BRD war lange Zeit ein Feindbild gegenüber der Sowjetunion das weithin bestimmende Deutungsmuster für große Teile der internationalen Politik. Es wurde als Antikommunismus bezeichnet und richtete sich gegen mehrere Objekte.⁹ Um den Veränderungen in diesem Feindbild nachgehen zu können, muß dieses Bild zunächst differenzierter betrachtet werden, denn die Stärke des antikommunistischen Feindbildes läßt sich nicht direkt erheben. Darum müssen zunächst die wesentlichen Elemente des antikommunistischen Feindbildes herausgearbeitet werden.¹⁰ Ich gehe von drei zentralen Komponenten des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion in den 80er Jahren aus: Expansionsstreben, Streben nach militärischer Überlegenheit und Totalitarismus.¹¹ Diese Komponenten sollen hier zunächst noch detaillierter beschrieben werden, um anschließend die Veränderungen im Sowjetunion-Bild ausführlich analysieren zu können.

- (1) Das *Expansionsstreben* der Sowjetunion bestimmte in starkem Maße das antikommunistische Feindbild. Dabei wurde einerseits auf die theoretischen Schriften des Marxismus-Leninismus verwiesen, aus denen sich das Ziel der Weltherrschaft des Kommunismus herleiten ließe. Wesentlicher bezüglich dieser Komponente waren aber die Sowjetisierung Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg, die militärische Unterdrückung von Reformbewegungen, das militärische Eingreifen in Afghanistan sowie Militärhilfe für Länder der sog. Dritten Welt. Daraus wurde zusammengekommen eine fast permanente Gefahr eines sowjetischen Angriffs auf andere Länder zur Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre und eine ständige militärische Bedrohung abgeleitet.
- (2) Für das sowjetische *Streben nach militärischer Überlegenheit* wurde als Beleg meist auf den sogenannten militärischen Kräftevergleich verwiesen, mit dem sich eine numerische Überlegenheit der Sowjetunion bzw. der Warschauer Vertragsorganisation

9 Bei Feindbildern lassen sich oftmals keine eindeutigen Feststellungen über das Objekt des Feindbildes machen, denn die vorherrschend negative Interpretation und Wertung führt zu undifferenzierten Vorstellungen, in denen grob vereinheitlicht und vereinfacht wird. Feindbilder haben eine "totalisierende Tendenz" (Ostermann/Nicklas (Anm. 3), S. 34), mit der das Lager der Feinde zu *einem* Feind vereinheitlicht wird. Der sog. "Antikommunismus" richtete sich gegen Kommunisten, gegen Russen, gegen die Sowjetunion, gegen die Warschauer Vertragsorganisation (WVO = Warschauer Pakt) oder mehrere zusammen, jeweils abhängig vom Kontext, in dem er geäußert wurde.

10 Der Versuch von Theobald/Sommer (Anm. 6), ein "Instrument zur Messung des Feindbildes Kommunismus/Sowjetunion" zu entwickeln, beinhaltet hierfür wichtige Hinweise. Außerdem stütze ich mich zum Teil auf Darstellungen von Frei (1985) (Anm. 3), 1985, S. 76-92, und Günter Gugel/Uli Jäger, Die Sicherheitspolitik der Sowjetunion im Wandel. Ein Materialien- und Arbeitsbuch, Tübingen 1989, S. 57.

11 Besonders für das Feindbild der 50er und 60er Jahre wäre dies noch um eine zusätzliche Komponente zu erweitern: um den Kommunismus als politische Gefahr. Diese Komponente spielte aber in den 80er Jahren keine entscheidende Rolle mehr und kann darum für die Untersuchung des Feindbilderfalls Ende der 80er Jahre vernachlässigt werden.

(WVO) über die NATO belegen ließ. Das daraus dann abgeleitete Überlegenheitsstreben der Sowjetunion bzw. der WVO fand eine Bestätigung auch in der zurückhaltenden Rüstungskontrollpolitik der WVO-Staaten vor 1985.

- (3) Der *Totalitarismus* war die dritte Komponente des Antikommunismus, weil er Vertrauen in das politische System der Sowjetunion verhinderte und den Blick auf die politische Machtelite konzentrierte. Weil das diktatorische System der Sowjetunion keine Opposition zuließ, Freiheiten systematisch einschränkte, die Kritiker des Systems kriminalisierte, kurz: die Menschenrechte vielfach mißachtete, mußte davon ausgegangen werden, daß die Machtelite politische Entscheidungen alleine treffen und auch durchsetzen konnte. Weil das Handeln der Sowjetunion auf eine unkontrollierte Machtelite zurückgeführt werden konnte, war es leicht negativen Wertungen ausgesetzt.

3. Der Feindbildzerfall Ende der 80er Jahre

Die Darstellung des Zerfalls des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion bei der Bevölkerung der alten Bundesrepublik soll nun in knapper Form anhand der eben dargestellten drei Komponenten des Antikommunismus vorgenommen werden. Hierfür werden diese Komponenten betreffende Umfrageergebnisse herangezogen. Dahinter steht die These, daß sich von einem Abbau oder gar Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion dann sprechen läßt, wenn sich bezüglich der drei Komponenten des Feindbildes entscheidende Einstellungsveränderungen zum Positiven hin aufzeigen lassen. Die Messung der Stärke des Feindbildes ist auf den Notbehelf der Sekundäranalyse von Meinungsumfragen, die Einstellungen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen erheben, angewiesen. Doch kann trotzdem deutlich gemacht werden, wie einschneidend der Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion Ende der 80er Jahre in der BRD war. Auf die mit diesen Einstellungsmessungen verbundenen methodischen Probleme kann hier nicht detailliert eingegangen werden.¹²

¹² Hier kann nur stichwortartig darauf verwiesen werden, daß über Umfragen erhobene Einstellungen immer nur latente Eigenschaften sind und es sich hierbei auch um sogenannte Nicht-Einstellungen, also nicht-gefestigte Überzeugungen, handeln kann. Außerdem ist bei der Interpretation zu beachten, daß solche Umfrageergebnisse erhebliche Instrumenteneffekte besitzen, auch die Interessen der Auftraggeber solcher Umfragen in die Ergebnisse mit eingehen und die Repräsentativität der Ergebnisse nicht immer zu unterstellen ist. Vgl. zu diesen Problemen Hans Rattinger/Petra Heinlein, Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung. Umfrageergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zum "heißen Herbst" 1983, Berlin 1986. Hans Rattinger, Sicherheitspolitik und öffentliche Meinung, in: Werner Link (Hrsg.), Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts, Köln 1984, S. 111-118, S. 113. Wolfgang Dobler, Außenpolitik und öffentliche Meinung. Determinanten und politische Wirkungen außenpolitischer Einstellungen in den USA und der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1989, S. 88. Berthold Meyer, Der Bürger und seine Sicherheit. Zum Verhältnis von Sicherheitsstreben und Sicherheitspolitik, Frankfurt a.M. 1983, S. 41 f. Gert Sommer/Karl-Günther Theobald/Ernst Liebhart, Des-Informiertheit über Atomrüstung und politische Einstellungen, in: dialog, Beiträge zur Konfliktforschung 3 (1985), S. 37-53.

3.1. Rezeption des Expansionsstrebens

Der Einschätzung des Expansionsstrebens seitens der Sowjetunion läßt sich mit Fragen nach den politischen Intentionen nachgehen. Umfragen zu außen- und sicherheitspolitischen Themen enthalten in der Regel Fragen nach der Einschätzung bestimmter politischer Ziele oder nach dem Vertrauen, das der Politik eines Landes entgegengebracht wird. Auf die politischen Intentionen der Sowjetunion und ihr Expansionsstreben zielt beispielsweise die Frage nach dem Friedenswillen, denn die starke Wahrnehmung eines Friedenswillens seitens der Sowjetunion ist nicht vereinbar mit der Einschätzung sowjetischen Expansionsstrebens.

So zeigt der Zeitvergleich, wie sehr sich das Bild von der Sowjetunion in dieser Komponente gewandelt hat (vgl. Tabelle 1): 1980, kurz nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, sahen 71% der Bundesbürger in der Sowjetunion ein "Land, das den Weltfrieden bedroht", 1988 sahen das noch 11% so, wobei sich die Zahl derer, die den Weltfrieden durch beide Supermächte bedroht sahen, im gleichen Zeitraum verdoppelte. Entsprechend hat sich auch die Haltung geändert, wenn nach einem "Land, das den Frieden in der Welt will", gefragt wurde: 1980 nannten dabei etwa die Hälfte der Befragten nur die USA, 1988 glaubten dies 63% von beiden Supermächten.

Tabelle 1: Der Weltfrieden - bedroht oder gewollt? ¹³

Jahr	Ein Land, das den Weltfrieden bedroht						Ein Land, das den Frieden in der Welt will			
	1980	1981	1982	1983	1986	1988	1980	1983	1986	1988
nur USA	2%	4%	4%	2%	5%	6%	52%	20%	22%	12%
nur SU	71%	44%	35%	32%	26%	11%	3%	2%	3%	6%
beide	14%	28%	22%	34%	30%	28%	29%	47%	56%	63%
keines	8%	12%	23%	18%	27%	45%	7%	14%	12%	11%

Auch bei der direkten Frage nach dem Vertrauen in die sowjetische Politik zeigte sich Ende der 80er Jahre eine viel positivere Einschätzung als jemals zuvor. Das Vertrauen in "den Osten" ist von 12% 1982 auf 29% 1988 gestiegen; vor allem aber gaben 1988 nur noch 25% gegenüber 58% 1982 an, daß sie dem Osten nicht vertrauen können. ¹⁴

¹³ Quelle: SINUS, Klaus Liedtke (Hrsg.), Der neue Flirt. Russen und Deutsche auf dem Weg zu veränderten Beziehungen, Hamburg 1989, S. 130.

¹⁴ Elisabeth Noelle-Neumann, Wenn das Gefühl der Bedrohung schwindet. Die Verteidigungspolitik vor einem wachsenden Akzeptanzproblem, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.7.1988, S. 6. Ein weiteres, diese Komponente betreffendes Umfrageergebnisse mit der gleichen

3.2. Rezeption des militärischen Überlegenheitsstrebens

Die Einschätzung des Strebens nach militärischer Überlegenheit der Sowjetunion ist selten direkt ermittelt worden.¹⁵ Sie läßt sich aber auch aus den Antworten auf die Frage nach dem Kräftevergleich sowie aus der Einschätzung der Abrüstungsbereitschaft herleiten. Wenn in den späten 80er Jahren die Einschätzung, daß NATO und WVO militärisch etwa gleich stark sind, gegenüber Anfang der 80er Jahre stark zunimmt, läßt sich dies als Hinweis auf einen Rückgang bei der Einstellung, daß die Sowjetunion militärische Überlegenheit anstrebt, werten. Als bei einer Meinungsumfrage im Mai 1989 nach dem militärpolitischen "Ziel der Sowjetunion" gefragt wurde, entschieden sich 64% für die Antwort "Militärisches Gleichgewicht", 6% für "Unterlegenheit wird in Kauf genommen" und 30% für die Antwort "Militärische Überlegenheit"¹⁶. Zusätzlich kann die Einschätzung des Strebens nach militärischer Überlegenheit auch aus den Antworten auf die Frage nach dem sogenannten Kräftevergleich hergeleitet werden. Hierbei zeigen sich auch die deutlichen Veränderungen zwischen 1981 und 1988:

Tabelle 2: Einschätzung militärischer Stärke¹⁷

Befragungszeitpunkt	Wer, glauben Sie, ist militärisch stärker?		
	1981	1983	1988
UdSSR und WVO	42%	36%	30%
USA und NATO	20%	13%	14%
beide gleich	24%	37%	44%
weiß nicht / unsicher	14%	13%	12%

Vor allem an der deutlichen Zunahme der Einschätzung, daß beide Militärblocke militärisch gleich stark sind, zeigt sich die Veränderung in dieser Komponente des Feindbildes. Dabei sind mehr Befragte von ihrer Meinung, daß die WVO stärker sei, abgekommen als von der Auffassung, daß die NATO militärisch stärker sei.¹⁸ Und diese

Tendenz findet sich bei Horst-Eberhard Richter (Hrsg.), *Russen und Deutsche. Alte Feindbilder weichen neuen Hoffnungen*, Hamburg 1990, S. 71. Und ebenfalls auf einen erheblichen Einstellungswandel bei dieser Komponente deutet hin, daß das "Vertrauen in die Friedens- und Abrüstungspolitik" der beiden Supermächte 1988 fast gleich groß war (Emnid-Umfrage, abgedruckt in *Der Spiegel* 35/1988, S. 31).

15 Bei einer Umfrage Ende 1989 hielten 11,8% der Befragten es für "eher wahrscheinlich", daß die NATO auf militärische Überlegenheit verzichten wolle, 31,7% glaubten dies dagegen von der WVO (Richter (Anm. 14), S. 76 f).

16 Emnid-Umfrage, veröffentlicht in: *Der Spiegel* 23/1989, S. 168.

17 Quelle: SINUS, Liedtke (Anm. 13), S. 118.

18 Andere Umfragen stützen diesen Befund: vgl. die Emnid-Untersuchung, veröffentlicht in: *Der Spiegel* 23/1989, S. 168, sowie Forschungsgruppe Wahlen, *Meinungen der Bundesdeutschen und*

Einschätzung wird noch unterstützt durch die Antworten auf die Frage "Glauben Sie, daß die Sowjetunion weiter abrüsten will oder glauben Sie das nicht?", die im Oktober 1988 63,3% mit "Ja" und 32,3% mit "Nein" beantworteten.¹⁹

3.3. Bedrohungswahrnehmung

Bei der Frage nach der Wahrnehmung einer militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion bzw. die WVO erscheinen die ersten beiden Komponenten (Expansionsstreben, Überlegenheitsstreben) gewissermaßen miteinander verknüpft, denn die Bedrohungswahrnehmung setzt sich aus den beiden Elementen "militärische Fähigkeiten" und "politische Intentionen" zusammen.²⁰ Ein großes Rüstungspotential allein bedeutet - wie beispielsweise das heutige Verhältnis zwischen Frankreich und der BRD zeigt - noch keine Bedrohung. Ein negatives Bild von der anderen Seite und deren feindliche Absichten jedoch schaffen - relativ unabhängig von den militärischen Fähigkeiten - eine Bedrohungswahrnehmung, die um so größer ist, je negativer die andere Seite wahrgenommen wird.²¹

An der Bedrohungswahrnehmung läßt sich der Einstellungswandel am deutlichsten sehen, vor allem wenn eine graphische Darstellung gewählt wird, deren Kurve abhängig von den historischen Ereignissen, beispielsweise des Einmarsches der WVO-Truppen in der damaligen CSSR, dem der Roten Armee 1979/80 in Afghanistan oder auch der Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre, alterniert. Dabei wird deutlich, daß hinter der Bedrohungswahrnehmung auch historische Erfahrungen stehen und die Politik der Sowjetunion durchaus Anlässe bot, als expansiv und aggressiv wahrgenommen zu werden. Der im folgenden Schaubild sichtbare Rückgang bei der Bedrohungswahrnehmung in den letzten Jahren hat inzwischen ein Niveau erreicht, bei dem sie als nicht mehr zu erheben gilt. 1990 fühlten sich noch 9% der bundesdeutschen Bevölkerung durch die Sowjetunion bedroht.²²

der Moskauer Bürger, Juni 1989. Ergebnisse der zweiten vergleichenden empirischen Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland und in Moskau, Mannheim 1989, S. 24.

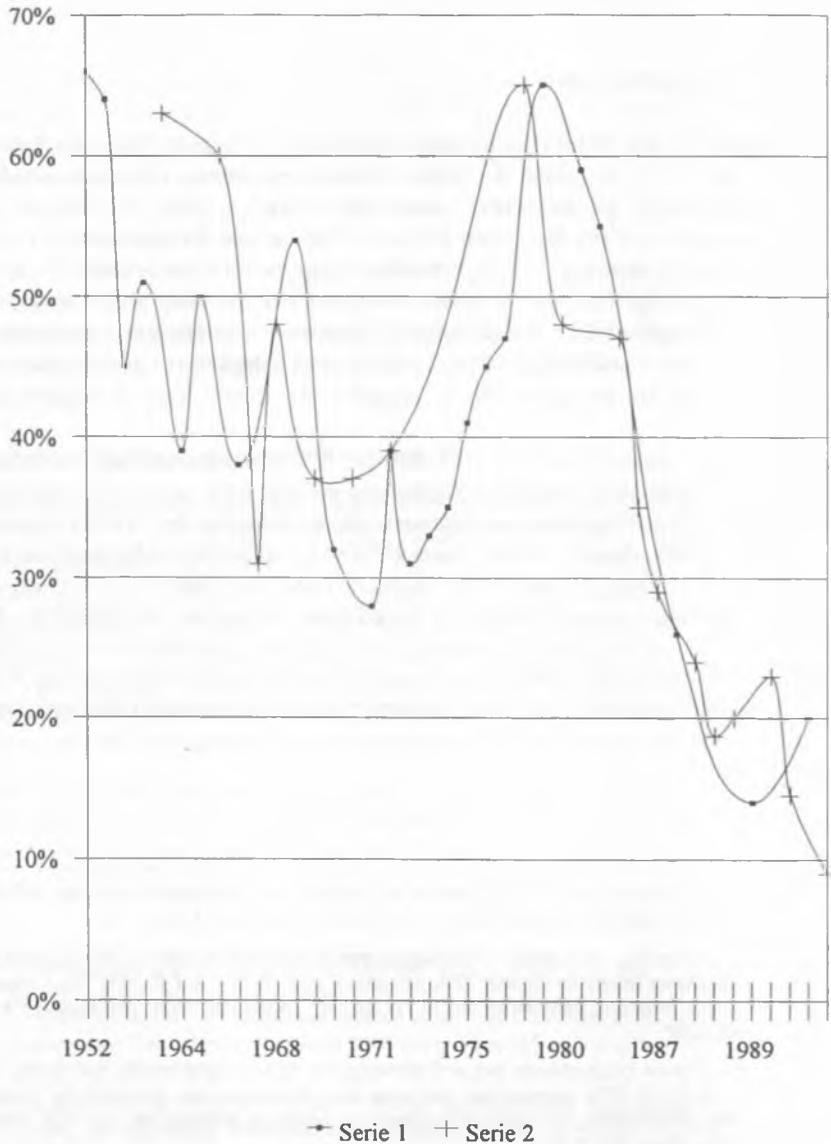
19 4,4% antworteten mit "weiß nicht" (Forschungsgruppe Wahlen, Meinungen der Bundesdeutschen und der Moskauer Bürger im Oktober 1988, Mannheim 1988, S. 31). Auf dieselbe Frage bezogen auf die eigene Regierung antworteten nur 57,1% mit "Ja", 38,6% mit "Nein" und ebenfalls 4,4% mit "weiß nicht".

20 Dies setzt gewisse geographische und militärstrategische Bedingungen voraus, die im Fall der Sowjetunion für die BRD gegeben sind. Bis heute liegt allerdings keine systematische Untersuchung über die Kriterien, von denen Bedrohungswahrnehmung abhängig ist, vor. Vgl. Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 21.

21 Vgl. Don Munton, Threat Perception and Shifts of Public Attitudes, 1960s-1980s, in: Klaus Gottstein (Hrsg.), Western Perceptions of Soviet Goals: Is Trust Possible?, Frankfurt a.M. 1989, S. 97-134, S. 99, und Frei (1987) (Anm. 3), S. 99.

22 Hansjoachim Mauch, Die Jugend bestimmt das Morgen. Gesellschaft und Streitkräfte im Wandel, in: Informationen für die Truppe 3 (1991), S. 44-54, S. 48.

Schaubild 1: Bedrohungswahrnehmung (in Prozent der Bevölkerung, die sich bedroht fühlt) ²³



²³ Kurve 1 (■) zeigt die Werte der Umfragen, bei denen auch die Antwortmöglichkeit "unentschieden" angeboten wurde; Kurve 2 (+) zeigt die Werte von Umfragen mit den Antwortmöglichkeiten "bedroht", "nicht bedroht" und "keine Antwort". Zu den genauen Daten und Quellen dieser Umfragen vgl. den Anhang.

3.4. Rezeption des Totalitarismus

Der Totalitarismus als dritte Komponente des Antikommunismus umfaßt einerseits die Einschätzung der Einschränkungen von Freiheitsrechten in der Sowjetunion und andererseits die Bewertung der politischen Machtelite. Diese Komponente läßt sich zum einen erfassen über Fragen nach der Beurteilung der Lebensbedingungen oder den innenpolitischen Zielen und Veränderungsabsichten, zum anderen über die direkte Frage nach dem Vertrauen, das der Machtelite und speziell dem Generalsekretär der KPdSU als dem mächtigsten Mann in der ehemaligen Sowjetunion entgegengebracht wurde.

Vor allem bezüglich dieses zweiten Faktors zeigte sich Ende der 80er Jahre eine deutliche Veränderung. Hatten im November 1981 noch 39% eine schlechte und nur 14% eine gute Meinung vom damaligen Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew,²⁴ hatte Michail Gorbatschow schon 1987 "die Popularitätsmarke von 70% überschritten"²⁵. Trug hier die alte negative Bewertung zur Stärke des Feindbildes bei, ist die spürbare Verbesserung ein Zeichen für seinen Abbau. Und wie positiv das Bild geworden war, zeigte sich nicht nur bei den Sympathiewerten, bei denen M. Gorbatschow lange Zeit weit vor den westlichen Staatshäuptern lag,²⁶ sondern auch bei der im Oktober 1988 gestellten Frage: "Was meinen Sie: Ist Michail Gorbatschow bzw. Ronald Reagan bzw. Helmut Kohl ein Mann, dem man vertrauen kann?"²⁷

Tabelle 3: "Ein Mann, dem man vertrauen kann?"²⁸

	M. Gorbatschow	R. Reagan	H. Kohl
ja	82,8%	53,5%	65,7%
weiß nicht	8,2%	9,3%	4,7%
nein	9,0%	37,3%	29,6%

Außerdem wurde von über 80% der Befragten in der BRD eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Sowjetunion durch die Politik M. Gorbatschows erwartet,²⁹

24 Die Frage lautete: "Was für eine Meinung haben Sie von Breschnew - eine gute Meinung oder keine gute Meinung?". 43% beantworteten die Frage mit "Weder noch" (Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 8 (1978-1983), hrsg.: Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel, München 1983, S. 626).

25 Noelle-Neumann (Anm. 14), S. 6.

26 Vgl. Der Spiegel 23/1989, S. 166.

27 Zur Relativierung dieser Werte muß jedoch angefügt werden, daß sie unmittelbar während des Besuchs des deutschen Bundeskanzlers in Moskau (24.-27.10.1988) ermittelt wurden, in einer Zeit also, in der die deutsch-sowjetischen Beziehungen besondere Beachtung fanden und M. Gorbatschow häufiger in den Medien erschien und erwähnt wurde als beispielsweise der damalige US-Präsident R. Reagan.

28 Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 19), S. 15.

was, nimmt man das Vertrauen hinzu, das ihm entgegengebracht wurde, nicht mehr mit dem Bild eines totalitären Systems in der Sowjetunion in Übereinstimmung gebracht werden kann. Somit kann auch bezüglich der Komponente *Totalitarismus* davon ausgegangen werden, daß am Ende der 80er Jahre ein deutlicher Einstellungswandel stattgefunden hat.

3.5. Sympathie

Geht man von der oben gegebenen Feindbild-Definition aus, ist ein Feindbild dann stark, wenn durch ein dichotomisches Wahrnehmungsmuster bei jeglichem Handeln von feindseligen, den eigenen Interessen zuwiderlaufenden Absichten der beurteilten Gruppe ausgegangen wird. Wenn aber für ein Einstellungsobjekt *Sympathie* bekundet wird, ist nicht von einer grundsätzlich negativen Bewertung von dessen Handeln auszugehen, denn Sympathie ist ein Zeichen von Übereinstimmung und Verbundenheit. Mit dem Sympathiegrad, den die Sowjetunion sowie ihre Bürgerinnen und Bürger erzielen, ist somit noch ein weiterer Indikator für die Stärke des Feindbildes gegeben.

Betrachtet man Umfrageergebnisse zu diesem Aspekt, zeigen sich sehr deutliche Veränderungen. Auf einer sogenannten "Sympathieskala" konnten die Befragten ihre Meinung abgestuft zwischen +5 und -5 anzeigen, mit dem Ergebnis, daß im Oktober 1981 die Sowjetbürger einen Wert von -1,6 erreichten, im Mai 1989 dagegen von +0,8.³⁰ Diese Tendenz verstärkte sich in der darauffolgenden Zeit noch weiter. Bei einer Umfrage im November 1990 wurde "klarer Sieger in der Gunst der Deutschen" die Sowjetunion mit 59% vor den USA (44%) und Frankreich (36%).³¹ Und der Vergleich mehrerer Umfragen zu unterschiedlichen Zeitpunkten bestätigt dieses Bild:

29 Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 19), S. 19, und dies. (Anm. 18), S. 18.

30 Die US-Amerikaner hatten sich im genannten Zeitraum von +1,3 auf +1,4 verändert, die Franzosen von +2,0 auf +1,7 verschlechtert (Emnid, in: Der Spiegel 23/1989, S. 166).

31 Peter Meroth, Der Staat, den wir uns wünschen. SZ-Magazin-Umfrage mit Infratest, in: Süddeutsche Zeitung Magazin 1/91 (4.1.1991), S. 8-15, S. 10. Zur Beantwortung der Frage wurden zehn Länder angeboten; die Frage lautete: "Zu welchen der Staaten hier auf dieser Liste soll das vereinte Deutschland in den nächsten 10 Jahren vorrangig besonders gute und enge Beziehungen entwickeln?" (vgl. Infratest, Deutschland 2000. Erwartungen und Hoffnungen der Deutschen in Ost und West. Eine repräsentative Befragung der Bevölkerung ab 14 Jahren, München 1990, S. 51). Die Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde bei dieser Umfrage gesondert erhoben. Dort sprachen sich 46% für die Sowjetunion und 44% für die USA aus.

Tabelle 4: Sympathie für die "Russen"

		"Mögen Sie?"	"Mögen Sie?"	Sympathie	nicht mißtrauisch
Befragungszeit		Juli 1981	Juli 1988	Mai 1989	Herbst 1989
nicht mißtrauisch/ mag sie	Große Sympathie	14%	35%	10%	66,9%
	Wohllwollen			48%	
unentschieden	Gleichgültigkeit	39%	52%	23%	21,6%
mißtrauisch/ mag sie nicht besonders	Mißtrauen	47%	13%	17%	11,5%
	Feindseligkeit			1%	
Institut, Quelle:		Allensbach, Allensbacher Jahrbuch 8 (Anm. 24), S. 624	SINUS, Liedtke (Anm. 13), S. 99	Emnid, Der Spiegel (23/1989, S. 160)	Richter (Anm. 14), S. 64

Die Zahlen der hier wiedergegebenen Umfragen differieren etwas, was sich zum Teil aus den unterschiedlichen Fragestellungen erklärt. Erkennbar ist jedoch die deutliche Zunahme der Sympathie bzw. die Abnahme des Mißtrauens gegenüber der sowjetischen Bevölkerung. Sehr aussagekräftig erscheint mir vor allem der ab 1988 überall geringe Wert bezüglich einer mißtrauischen Haltung, die, wie die Vergleichszahl von 1981 zeigt, einen deutlichen Wandel der Einstellungen gegenüber der Sowjetunion bedeutet.

Auch die Kommentare und Erläuterungen zu solchen Meinungsumfragen weisen auf den deutlichen Einstellungswandel hin. "Die Feindbilder in den Köpfen der Leute sind weitgehend abgebaut. Man hört den Argumenten des ehemaligen Feindes zu, ist bereit, die Welt auch einmal aus seiner Perspektive zu betrachten. Nichts anderes droht dabei verlorenzugehen als die eigene Voreingenommenheit" ³². Kurz vor dem Besuch H. Kohls in Moskau (1988) hatte das Meinungsforschungsinstitut SINUS "fast dramatisch veränderte Meinungen der Bundesdeutschen über die Russen festgestellt" ³³, und bei der Untersuchung, die Richter dokumentiert, zeigten sich bei einer Probeuntersuchung Anfang März 1989 deutlich andere Ergebnisse, als sie von der Planung des Projekts 1987 her erwartet worden waren: "Es war uns also klar, daß wir kaum noch Feindbilder zu entlarven haben würden" ³⁴.

Der Einstellungswandel der bundesdeutschen Bevölkerung, wie er hier anhand der drei Komponenten des antikommunistischen Feindbildes, ergänzt durch die Bedrohungs-

32 Liedtke (Anm. 13), S. 12.

33 Peter Kutschke, *Der neue Flirt*, in: Liedtke (Anm. 13), S. 30-36, S. 32.

34 Richter (Anm. 14), S. 61.

wahrnehmung und die Sympathiewerte, dargestellt wurde, scheint nicht punktuell oder oberflächlich, sondern fundiert und stabil zu sein. Als ein Ergebnis der Vergleichsstudie sowjetischer und deutscher Selbst- und Fremdbilder und zugleich Resümee des Kapitels "Wunschbilder ersetzen Feindbilder" schreibt Richter:

"Die psychologischen Voraussetzungen für eine gute Atmosphäre zwischen beiden Völkern erscheint nach diesen Befunden recht günstig. Negative Vorurteile spielen kaum mehr eine Rolle. So wie man jeweils von der anderen Seite gesehen wird, kann man sich eher bestätigt fühlen. Der Austausch solcher Ermutigungen spricht für eine bereits vorhandene positive Grundlage der psychologischen Beziehungen und ist zugleich eine gute Voraussetzung dafür, die Sympathie eher noch zu verstärken".³⁵

Dieser Einstellungswandel steht in engem Zusammenhang mit der neuen sowjetischen Politik unter M. Gorbatschow. Ob allerdings dieser Hinweis auf den Wandel der wahrgenommenen Wirklichkeit die dargestellten enormen Einstellungsänderungen erklären kann, ist, folgt man den Hypothesen der Feindbild-Forschung, eher zweifelhaft, denn dort wurde vielfach darauf hingewiesen, daß es sich beim Antikommunismus um äußerst stabile, veränderungsresistente Einstellungen handele, die wohl kaum entscheidend und wenn, dann nur sehr langsam zu verändern oder gar aufzulösen wären.³⁶ Wie aber ist dann der dargestellte Einstellungswandel zu erklären? Diesem Problem widmet sich der Hauptteil dieser Studie, dem Versuch, den nächstliegenden Erklärungsweg zu gehen, das nächste Kapitel.

4. Feindbilderzerfall durch Glasnost und Perestroika?

Die nächstliegende und einfachste Erklärung des im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Feindbilderzerfalls liegt im Hinweis auf die veränderte sowjetische Politik: Der Einstellungswandel der bundesdeutschen Bevölkerung geht einher mit einschneidenden Veränderungen in der Sowjetunion, in der seit dem Amtsantritt M. Gorbatschows im März 1985 zwei neue Prinzipien große Bedeutung erlangten: Glasnost (Transparenz, Offenheit) und Perestroika (Umbau, radikale Veränderungen). Diese, im Vergleich zu vorher deutlich veränderte Politik, programmatisch beschrieben in Gorbatschows Rede vor dem Zentralkomitee der KPdSU im Januar 1987, die in einzelnen Schritten seit

35 Richter (Anm. 14), S. 71.

36 Vgl. beispielsweise Lißmann/Nicklas/Ostermann (Anm. 4), S. 61. Hans Nicklas/Klaus Jürgen Gantzel, Außenpolitische Freund-Feind-Bilder in der Bundesrepublik 1949-1971, in: Forschung für den Frieden. 5 Jahre DGFK, hrsg.: Vorstand der DGFK, Boppard 1975, S. 231-244, S. 243. Egbert Jahn, Die Bedrohung aus dem Osten - eine wirkliche oder eine eingebildete Gefahr?, in: antimilitarismus information 9 (1979) 9, S. 79-94, S. 85. Hans Nicklas, Die politische Funktion von Feindbildern, in: Anton-Andreas Guha/Sven Papcke (Hrsg.), Der Feind, den wir brauchen. Oder: Muß Krieg sein?, Königstein 1985, S. 99-109, S. 103. Frei (1987) (Anm. 3), S. 108. Gert Sommer, Feindbild UdSSR und politisches Bewußtsein, in: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung. Beiträge aus Psychologie und anderen Humanwissenschaften, Schriftenreihe des Arbeitskreises Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg 1988 (2. Aufl.), S. 38-55, S. 39, etc.

1985/86 sichtbar wurde, führte zu Zweifeln am antikommunistischen Feindbild und letztlich zu dessen Zerfall.

Ein solcher Erklärungsversuch geht von der zentralen Bedeutung von Informationen über das Einstellungsobjekt aus. Er nimmt an, daß Informationen immer weitgehend richtig interpretiert werden - es also keine Fehlwahrnehmungen gibt -, womit gleichzeitig auch die Existenz von Feindbildern in Frage gestellt ist.³⁷ Damit setzt dieser Erklärungsversuch voraus, daß es berechtigte negative Einstellungen gegenüber der Sowjetunion gab, begründet in deren bis dahin als expansionistisch, menschenrechtsfeindlich und bedrohlich wahrgenommenen Politik. Und diese negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion von vor 1985 wären, so die Erklärung, durch die veränderte Politik in Zweifel gezogen und dann durch positivere Haltungen ersetzt worden.³⁸ Greift man zur Überprüfung dieses Zusammenhangs auf die oben dargestellten Komponenten des Antikommunismus zurück, ergeben sich drei Politikbereiche, die auf Veränderungen hin untersucht werden können:

- die Außenpolitik (Expansionsstreben);
- die Sicherheitspolitik (Streben nach militärischer Überlegenheit);
- die Innenpolitik (Totalitarismus).

37 Es gibt Autoren, die für die westlichen politischen Systeme zu einer solchen Sichtweise tendieren: Rolf Breitenstein, "Feindbilder" als Problem der internationalen Beziehungen, in: Europa-Archiv 44 (1989) 7, S. 191-198. Günther Wagenlehner, Vertrauen in die Entspannung. Meinungsbild zur Sicherheitspolitik, in: Informationen für die Truppe (1988) 4, S. 13-21. Dabei werden dann systematische Fehlwahrnehmungen für unvereinbar mit einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft gehalten und behauptet, "daß 'Feindbilder' in einer demokratisch-pluralistischen verfaßten Gesellschaft normalerweise keinen Platz haben, weil sie solchen Gesellschaften wesensfremd sind" (Breitenstein, S. 196). Wie sehr dies ein idealisiertes Bild von westlichen politischen Systemen (oder der eigenen Seite im Sinne eines Freund-Feind-Schemas) ist, zeigt etwa mein Beitrag "Sprache und Macht" (Christoph Weller, Sprache und Macht. Zur Manipulation der Meinungsbildung durch Presseerklärungen, in: Ders. (Red.), Sind Soldaten Mörder? Analysen und Dokumente zum "Soldatenurteil", Tübingen, S. 80-92, S. 80) zum Meinungsbildungsprozeß im Falle des sogenannten Soldatenurteils, der zeigt, daß das Bild vom unbeeinflussten, demokratischen Meinungsstreit mit der Realität nicht immer übereinstimmt.

38 Bei der Gegenüberstellung von Einstellungsänderungen und Veränderungen beim Einstellungsobjekt müßte eigentlich noch ein Zwischenelement eingefügt werden: die Rezeption der Veränderungen, abhängig insbesondere von der Vermittlung durch die Massenmedien. Das würde allerdings den Rahmen dieser Studie sprengen. Hier wird zur Vereinfachung davon ausgegangen, daß die Veränderungen in der sowjetischen Politik in der bundesdeutschen Bevölkerung auch wahrgenommen wurden, denn der durch die neue Politik M. Gorbatschows eingeleitete Umgestaltungsprozeß beendete eine Jahrzehnte dauernde Phase sehr begrenzter Informationen aus der Sowjetunion. Die im Rahmen der Perestroika eingeführte neue Offenheit (*Glasnost*) bescherte den westlichen Massenmedien bisher ungekannte Informationsquellen und ermöglichte die vorher verwehrte Berichterstattung. Vgl. dazu auch Michael Kunczik, Die manipulierte Meinung. Nationale Image-Politik und internationale Public Relations, Köln 1990, S. 218 f.

4.1. Das sowjetische Expansionsstreben

Ein wichtiger Faktor für die negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion war deren aggressive Außenpolitik, wie sie sich vor allem 1968 gegenüber der CSSR und 1979 in Afghanistan zeigte. Dieses sowjetische Expansionsstreben ließ sich mit der Politik Gorbatschows nicht mehr belegen. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan (1989), der vielfach als Prüfstein für eine gewandelte Außenpolitik angesehen wurde, erschien als deutliches Zeichen einer veränderten Politik.³⁹ Vor allem aber bewirkte der immer wieder betonte Abschied von der Breschnew-Doktrin,⁴⁰ reformorientierte Entwicklungen innerhalb sozialistischer Staaten notfalls auch mit Gewalt zu unterdrücken oder zu beenden,⁴¹ der besonders seit 1989 an den Beispielen Polens, der CSFR, Ungarns und der DDR deutlich wurde, erhebliche Zweifel an expansionistischen Bestrebungen von Seiten der Sowjetunion. Auch gegenüber den kommunistischen Parteien Osteuropas "beansprucht Moskau keine ideologische 'Sonderstellung' mehr und weist jeder kommunistischen Partei das Recht zu, 'souverän die Fragen der Entwicklung' des von ihr regierten Landes zu lösen"⁴². Eine zum Positiven veränderte Sicht der Sowjetunion war in diesem Politikbereich also durchaus begründet.

Eine Neuorientierung der sowjetischen Außenpolitik zeigte sich auch in ihrem Verhalten gegenüber der sog. Dritten Welt. Hier wurde der internationalen Sicherheit Vorrang vor sowjetischem Einfluß auf die innenpolitischen Verhältnisse eines Landes eingeräumt, und die friedliche Beilegung von Regionalkonflikten auch durch Zusammenarbeit mit westlichen Staaten angestrebt.⁴³ Beispiele hierfür waren das Genfer Afghanistan-

39 "Seit die Sowjetunion ein 'neues Denken' in ihren Außenbeziehungen proklamierte, wurde ihre Afghanistan-Politik zum Prüfstein für die Glaubwürdigkeit dieser Orientierung erhoben. Dementsprechend brachte der Truppenrückzug aus Afghanistan den Durchbruch zu einem gesteigerten Beeindruckungsvermögen des 'neuen Denkens' und beeinflusste die internationalen Beziehungen grundlegend" (Uwe Halbach, Der militärische Rückzug aus Afghanistan, in: Sowjetunion 1988/89. Perestroika in der Krise?, hrsg.: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München 1989, S. 269-277, S. 269). Vgl. auch Klaus Fritsche, UdSSR und Dritte Welt: Von der Euphorie zur Ermüchterung, in: Rudolf Hamann/Volker Matthies (Hrsg.), Sowjetische Außenpolitik im Wandel. Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990, Baden-Baden 1991, S. 189-210, S. 189, der im Truppenabzug aus Afghanistan den "Wendepunkt in der sowjetischen Dritte-Welt-Politik" sieht.

40 Sie wurde, nach Angaben des sowjetischen Außenamts-Sprechers Gennadi Gerassimow, durch die "Sinatra-Doktrin" ersetzt: Von nun an gelte für die Ostblockländer das Motto des Sinatra-Hits "I did it my way". Jedes Land könne also selbst entscheiden, welchen Weg es einschlage (vgl. Frankfurter Rundschau vom 27.10.1989, S. 2).

41 Vgl. dazu Klaus Segbers, Sowjetische Sicherheitspolitik im Wandel, in: Hamann/Matthies (Hrsg.) (Anm. 39), S. 99-127, S. 112. Im August 1989 forderte der rumänische Staatspräsident Ceaucescu wegen der Entwicklung in Polen eine Intervention des Warschauer Pakts, die jedoch von den anderen Mitgliedern abgelehnt wurde und ohne die Rote Armee niemals hätte durchgeführt werden können (vgl. Frankfurter Rundschau vom 28.10.1989, S. 2).

42 Fred Oldenburg, Das Verhältnis UdSSR - Bundesrepublik Deutschland, in: Sowjetunion 1988/89 (Anm. 5), S. 231-245, S. 232.

43 Vgl. Philip Nel, Die Sowjetunion und Schwarzafrika 1985-1988, in: Sowjetunion 1988/89 (Anm. 5), S. 292-299, S. 296, und Fritsche (Anm. 39), S. 199 f.

Abkommen (1988) sowie die Entwicklung in Namibia. Insgesamt wurde von einer "Ökonomisierung"⁴⁴ der sowjetischen Außenpolitik gesprochen, was sowohl Dégagement als auch Ausbau der Kontakte zu den unterschiedlichsten Staaten bedeutete,⁴⁵ alles jedoch betrachtet unter Rentabilitätsgesichtspunkten. Dies alles zusammengenommen stellte sich die Sowjetunion Ende der 80er Jahre als ein kooperativer Partner in der Weltpolitik dar, was den Vorwurf des Expansionsstrebens gegenstandslos machte.

4.2. Das sowjetische Streben nach militärischer Überlegenheit

War das Streben nach militärischer Überlegenheit lange Zeit konstitutives Element für die negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, erzeugten die zahlreichen sowjetischen Initiativen zur Rüstungskontrolle erhebliche Zweifel an dieser Sicht. Dabei handelte es sich nicht nur um Angebote wie die einseitiger Vorleistungen, beispielsweise die von M. Gorbatschow vor der UNO angekündigten einseitigen Truppen- und Waffenreduzierungen um 500 000 Soldaten, 10 000 Panzer, 8500 Artilleriegeschütze und 800 Kampfflugzeuge,⁴⁶ sondern auch um konkrete Schritte hin zu Rüstungskontrolle und Abrüstung. Hier sind der einseitige Atomtest-Stopp von August 1985 bis Februar 1987, entscheidende Initiativen für das Zustandekommen des INF-Vertrages sowie die konstruktive Haltung der Sowjetunion bei der KVAE in Stockholm zu nennen. Durch diese zahlreichen Veränderungen in der sowjetischen Sicherheitspolitik war auch die Komponente "Streben nach militärischer Überlegenheit" starken Zweifeln ausgesetzt.

Auch die Annahme einer offensiven Strategie der Roten Armee oder der WVO wurde durch die Politik Gorbatschows Zweifeln ausgesetzt. Im Mai 1987 verkündete die WVO eine neue Militärdoktrin, die "ausschließlich Verteidigungscharakter" hatte, und deren Grundsatz darin bestand, "keinen Krieg - weder einen mit nuklearen noch einen mit konventionellen Waffen geführten - zuzulassen"⁴⁷. Außerdem wurde durch die einseitige Erklärung der WVO, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten,⁴⁸ die Einschätzung der sowjetischen Sicherheitspolitik verändert.

44 Wettig (Anm. 5), S. 205.

45 "Bemerkenswert ist vor allem die erstaunliche Zunahme der Kontakte und Vereinbarungen zwischen schwarzafrikanischen Ländern und der UdSSR seit 1985" (Nel (Anm. 43), S. 295). "In deutlicher Abgrenzung zur konfrontativen Politik der frühen achtziger Jahre will sich die Sowjetunion am Ende dieses Jahrzehnts auch in Südostasien als eine Macht präsentieren, die den politischen Ausgleich sucht und am Abbau vorhandener Spannungen interessiert ist" (Gerhard Will, Sowjetische Südasienspolitik unter Gorbatschow, in: Sowjetunion 1988/89 (Anm. 39), S. 278-284, S. 283). Vgl. auch Fritsche (Anm. 39), S. 201 f.

46 Vgl. Rede Gorbatschows vor der UNO in New York, abgedruckt in: Sowjetunion heute 34 (1989) 1. Außerdem beschlossen die anderen WVO-Staaten eigene Reduzierungen (Segbers (Anm. 41), S. 117).

47 Erklärung zu den Prinzipien der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, abgedruckt in: Sowjetunion heute 32 (1987) 6, S. XIV.

48 "Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden niemals und unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen beliebigen Staat oder ein Staatenbündnis beginnen, wenn

4.3. Der sowjetische Totalitarismus

Der Hinweis auf die Mißachtung von Menschenrechten, die Einschränkung von Grundfreiheiten sowie das undemokratische politische System trug wesentlich zur negativen Einstellung gegenüber der Sowjetunion bei. Doch hat sich auch in der Innenpolitik seit Perestroika Entscheidendes in der Sowjetunion verändert. "Auch westliche Normsetzungen, die lange Zeit als Provokation aufgefaßt wurden, werden nun eher als positive Herausforderungen verstanden"⁴⁹. Eine neue konstruktive Haltung der Sowjetunion in Menschenrechtsfragen zeigte sich sowohl bei den entsprechenden KSZE-Themenkonferenzen (1986 und 1989) als auch bei den Beratungen der KSZE-Folgekonferenz in Wien.⁵⁰ Amnesty International bescheinigte der Sowjetunion 1989, daß sich die Situation der Menschenrechte seit 1986 in "spektakulärer Weise"⁵¹ verbessert habe. Stellvertretend sei hier auch die Entlassung Andrej Sacharows aus der fast sieben Jahre dauernden Verbannung, die als die bis dahin spektakulärste Tat M. Gorbatschows angesehen wurde, genannt. Ebenso standen die öffentlichen Diskussionen über den Fortschritt der Umgestaltung und die großzügigeren Möglichkeiten der Aussiedelung deutschstämmiger Sowjetbürger⁵² für den neuen Umgang mit Grundfreiheiten und Menschenrechten.

Hinzu kam die Umgestaltung des sowjetischen politischen Systems durch die Verfassungsänderungen vom 1.12.1988. Damit wurde eine einschneidende Strukturreform vorgenommen, mit der neben den Machtapparat der Partei ein zum Teil demokratisch gewähltes Parlament, der "Kongreß der Volksdeputierten", gestellt wurde, der als Arbeitsparlament den Obersten Sowjet und einen Staatspräsidenten wählte. Diese Verfassungsreform wurde als entscheidender Schritt weg von einem totalitären System gewertet, womit zusammengenommen mit der Respektierung der Menschenrechte auch diese Komponente der negativen Einstellung entscheidend an Überzeugungskraft verloren hatte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß in allen drei untersuchten Politikbereichen, der Außen-, der Sicherheits- und der Innenpolitik, in den Jahren 1985 bis 1989 grundlegende Veränderungen in der sowjetischen Politik sichtbar wurden. Damit war die negative Einstellung gegenüber der Sowjetunion - deren Berechtigung nicht untersucht, sondern unterstellt wurde - in allen drei Komponenten großen Zweifeln ausgesetzt. Die Grundlage für die vorher negativen Einstellungen wurde durch die Reformpolitik M. Gorbatschows weitgehend hinfällig, weshalb die bundesdeutsche Bevölkerung, wie der

sie nicht selbst einem bewaffneten Überfall ausgesetzt sind. Sie werden niemals als erste Kernwaffen einsetzen" (Erklärung zu den Prinzipien ... (Anm. 47). Vgl. dazu auch Wettig (Anm. 5), S. 210, und Segbers (Anm. 41), S. 115.

49 Segbers (Anm. 41), S. 114.

50 Vgl. Wettig (Anm. 5), S. 216.

51 Frankfurter Rundschau vom 18.10.1989, S. 2. Beispielsweise wurde die berüchtigte 5. Abteilung des KGB (Komitee für Staatssicherheit), die für den Kampf gegen "ideologische Diversion" und damit gegen Dissidenten zuständig war, aufgelöst (vgl. Frankfurter Rundschau vom 4.11.1989, S. 2).

52 Vgl. Oldenburg (Anm. 42), S. 243.

oben skizzierte Erklärungsansatz dies prognostizierte, einen Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion vollzog.

Müssen damit diejenigen, welche sich im Rahmen der Friedensforschung mit Feindbildern als nur äußerst schwer wandelbaren negativen Einstellungen gegenüber anderen Völkern beschäftigten, den Irrtum eingestehen, zumindest im Fall der bundesrepublikanischen Einstellung gegenüber der Sowjetunion von einem Feindbild im jeweils angegebenen Sinne ausgegangen zu sein, das so gar nicht existierte? Ein solcher Schluß wäre verfrüht, denn dieser rein kognitive Ansatz,⁵³ bei dem die Einstellungen als direkte Folge der Aufnahme von Informationen verstanden werden, kann zwar einiges, aber doch nicht alles erklären. Wenn die Hypothese lautet, daß, zumindest in demokratisch-pluralistischen Gesellschaften, die Informationen über andere Völker und Völkergruppen so verarbeitet werden, daß keine oder kaum Fehlwahrnehmungen, also falsche Einstellungen entstehen können, müßte die ganz große Mehrheit der Menschen in den westlichen Staaten zu in etwa den gleichen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion kommen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Es finden sich große signifikante Unterschiede, sowohl innerhalb der bundesdeutschen Bevölkerung, beispielsweise zwischen der Regierung und der breiten Öffentlichkeit, als auch zwischen westlichen Ländern, z.B. zwischen Frankreich und der BRD. Darauf soll im nächsten Kapitel eingegangen werden.

5. Die unerklärten Reste der nächstliegenden Erklärung

5.1. Einstellungswandel

Wer vom Einstellungswandel einer Bevölkerung spricht, übersieht leicht, daß sich das Einstellungsbild einer Gruppe aus unterschiedlichen, meist auch gegensätzlichen Einstellungen zusammensetzt. Die Aussage: "Die Deutschen fühlen sich von der Sowjetunion militärisch stark bedroht"⁵⁴ vereinfacht die Situation und übergeht, daß sich in der Regel nicht alle Befragten bedroht fühlen, sondern auch ein gewisser Prozentsatz die entsprechende Frage mit "Nein" beantwortet, es also Menschen gibt, die sich von der Sowjetunion *nicht* bedroht fühlen. Und wenn andererseits die Frage nach der Bedrohungswahrnehmung von 70% der Befragten mit "Ja" und von 30% mit "Nein" beantwortet wurde, *scheint* es nur so, daß es zwei Gruppen mit genau gegensätzlicher Meinung gibt. Dies ist ein extrem vereinfachtes Bild der Realität, denn würden statt der nur zwei beispielsweise vier Antwortmöglichkeiten auf dieselbe Frage zur Verfügung stehen, entstünde ein schon weit differenzierteres Bild. Dabei ließe sich auch zeigen, daß ein gravierender Einstellungswandel bezogen auf alle Befragten, beispielsweise von 70% auf

53 Die Sozialpsychologie geht bei Einstellungen von mindestens zwei Dimensionen aus, den kognitiven und den affektiven. Vgl. grundlegend Milton J. Rosenberg/Carl I. Hovland, Cognitive, Affective, and Behavioral Components of Attitudes, in: Dies. u.a. (Hrsg.), Attitude Organization and Change. An Analysis of Consistency among Attitude Components. Reprint, Westport, Con. 1960, S. 1-14.

54 So könnte zusammenfassend das Ergebnis bei der Frage: "Fühlen Sie sich durch die Sowjetunion militärisch bedroht?" formuliert sein.

40%, die sich bedroht fühlen, schon dadurch zustande kommen kann, daß weniger als die Hälfte der Befragten bzw. der Bevölkerung ihre Einstellung geändert haben, oder anders gesagt: Auch einem einschneidenden Einstellungswandel beim Blick auf die Gesamtbevölkerung liegen in der Regel nur graduelle Einstellungsverschiebungen bei den einzelnen Menschen zugrunde.

Um also auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: wollte man annehmen, daß Einstellungen ausschließlich auf kognitiven Prozessen beruhen, müßten die seit 1985/86 zur Verfügung stehenden Informationen über die Sowjetunion - unterstellt, die vorher vorhandenen Differenzen hatten ihre Ursache vor allem im *Mangel* an Informationen - zumindest nach vier Jahren zu weitgehend einheitlichen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion führen. Freilich könnten Einstellungs-differenzen auch mit Hinweisen auf die Uninformiertheit bestimmter Gruppen oder auf das Vorliegen unterschiedlicher Informationen erklärt werden. Und diese Erklärung wäre im Rahmen des kognitiven Ansatzes durchaus tragfähig, gestützt beispielsweise mit dem Argument, daß die Benutzung unterschiedlicher Medien auch zu unterschiedlicher Informiertheit und damit zu unterschiedlichen Einstellungen führen kann. Doch auch dieses einfache Modell wäre nur wieder eine Teilerklärung, denn unerklärt blieben dann immer noch die unterschiedlichen Einschätzungen bei sicherheitspolitischen Fachleuten, die kaum als uninformatiert gelten können und über eine Vielzahl von Informationsquellen verfügen.⁵⁵

Der rein kognitive Ansatz zur Erklärung des Einstellungswandels *kann erklären*, daß Menschen Einstellungsänderungen vornehmen, wenn ihnen neue Informationen über das Einstellungsobjekt vorliegen. Er *kann nicht erklären*, daß und warum diese neuen Informationen offenbar nicht bei allen Bundesbürgerinnen und -bürgern dieselbe Einstellungsänderung zur Konsequenz hatten, und teilweise, trotz gegenteiliger Informationen, an alten, negativen Einstellungen, an einem Feindbild festgehalten wurde. Solche Einstellungs-differenzen, die den kognitiven Ansatz ergänzende Erklärungen notwendig machen, werden im folgenden dargestellt: die Einstellungs-differenzen zwischen Regierung und Bevölkerung in der BRD 1986/87, innergesellschaftliche Einstellungs-differenzen sowie deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern.

5.2. Der außen- und sicherheitspolitische Meinungsbildungsprozeß

Um die Einstellungs-differenzen zwischen Bevölkerung und Regierung darzustellen, muß zunächst kurz auf den Meinungsbildungsprozeß in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft im Hinblick auf außen- und sicherheitspolitische Themen eingegangen werden. Dieser Meinungsbildungsprozeß kann vereinfacht als Wechselverhältnis zwischen den

⁵⁵ Vgl. Heinrich Siegmann/Wolf-Dieter Eberwein, *Bedrohung oder Selbstgefährdung? Die Einstellung sicherheitspolitischer Führungsschichten aus fünf Ländern zur Sicherheitspolitik*. Studie des Internationalen Instituts für Vergleichende Gesellschaftsforschung/Globale Entwicklung, Wissenschaftszentrum Berlin 1985, S. 179. Sie stellten deutschen sicherheitspolitischen Fachleuten die Frage: "Wie schätzen Sie das gegenseitige militärische Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West ein?" und bekamen folgende Verteilung bei den Antworten: "Der Osten ist überlegen": 30%; "es besteht in etwa Gleichgewicht": 52%; "der Westen ist überlegen": 15%.

politischen Eliten und der Öffentlichkeit betrachtet werden.⁵⁶ Dieses Wechselverhältnis weist bezüglich außen- und sicherheitspolitischer Themen besondere Strukturen auf, die schon mehrfach ausführlich untersucht wurden.⁵⁷ Dabei zeigt sich, daß außenpolitische Einstellungen der Bevölkerung vor allem von den jeweiligen parteipolitischen Orientierungen bestimmt werden.⁵⁸ Der Meinungsbildungsprozeß in diesem Politikfeld geht primär von den politischen Eliten aus, welche ihre Anhänger gewissermaßen mit den entsprechenden Positionen versorgen. Das heißt, daß die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen vor allem von den politischen Parteien gesteuert wird.⁵⁹ Dieser Einfluß der politischen Eliten ist jedoch insoweit begrenzt, als grundsätzliche Änderungen kaum möglich sind, weil sie einerseits durch den Rückkopplungsprozeß begrenzt werden, und weil durch die selektive Wahrnehmung die Stärkung vorhandener Meinungen begünstigt wird, der eigenen Auffassung widersprechende Positionen aber ausgeblendet werden.⁶⁰

Doch auch in der umgekehrten Richtung findet eine Einflußnahme statt, die ebenfalls begrenzend auf Veränderungen wirkt. Deutlichen Veränderungen im öffentlichen Meinungsbild müssen die politischen Eliten und in besonderer Weise die Regierung nachkommen, denn gegen große Teile der Bevölkerung kann nicht über einen längeren Zeit-

56 Diese Zweiteilung ist eine starke Vereinfachung des komplexen Systems der Einflußnahmen in demokratischen Systemen. Doch wird sie zur Verdeutlichung der stattfindenden Mechanismen vielfach benutzt: "This complexity, however, is a property of the real world, not to be evaded or glossed over. It can be reduced to simpler terms if we distinguish between two types of persons in a nation - the powerful, on the one hand, and the ordinary, on the other" (Boulding (Anm. 3), S. 121). Ähnlich auch Eva Senghaas-Knobloch, Zur Perspektive Politischer Psychologie in der Friedens- und Konfliktforschung. Innergesellschaftliche und internationale Konflikterfahrung und Konfliktverarbeitung (AFB-Texte, Januar 1989), Bonn 1989, S. 10, die zwischen "Menschen ohne staatliche Vertretungskompetenz" und "Entscheidungsträger auf außenpolitischer Ebene" differenziert. Vgl. auch Rosenberg (Anm. 3), S. 228. Das heißt jedoch nicht, daß innerhalb der Eliten ein Konsens herrscht. Vgl. Harald Müller/Thomas Risse-Kappen, Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozeß in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Volker Rittberger (Hrsg.), Theorien der Internationalen Beziehungen. Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven, PVS-Sonderheft 21, Opladen 1990, S. 375-400, S. 385, und Siegmann/Eberwein (Anm. 55), S. 48 f.

57 Vgl. Dobler (Anm. 12), Rattinger/Heinlein (Anm. 12) und die Studie der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung: Jörg Becker u. a., Zur Analyse außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik 1949-1971, 9 Bände. Studien der Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M 1977, darin insbesondere Klaus Jürgen Gantzel, Analyse der Entstehung, Struktur und Wirkung außenpolitisch relevanter Feindbilder in der Bundesrepublik. Problemstellung und Projektübersicht, S. 73-106, S. 79. Thomas Risse-Kappen, Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43 (1991) 4, S. 479-512, arbeitet in seiner Studie deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern im Einfluß der Öffentlichkeit auf die Politikergebnisse heraus.

58 Vgl. Dobler (Anm. 12), S. 189 und 270 f. Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 273. Gantzel (Anm. 57), S. 78. Meyer (Anm. 12), S. 133, und Rattinger (Anm. 12), S. 117.

59 Vgl. Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 275, und Dobler (Anm. 12), S. 191.

60 Vgl. Hans Nicklas, Waffen faszinieren doch immer. Stereotype Deutungsmuster in den Medien, in: Fritz Michael (Hrsg.), Die tägliche Mobilmachung, Göttingen 1984, S. 114-120, S. 115.

raum regiert werden⁶¹ und Wahlchancen hängen von der Übereinstimmung der politischen Eliten mit der Öffentlichkeit ab.⁶² Dieser ständig stattfindende "Rückkoppelungsprozeß"⁶³ macht das Wechselverhältnis zwischen den politischen Eliten und der Öffentlichkeit aus, in dem jedoch bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen eindeutig die Meinungsführer, insbesondere die in den politischen Parteien, dominieren.⁶⁴ Dieser Prozeß gegenseitiger Beeinflussung hat auf Veränderungen eher bremsenden denn dynamisierenden Einfluß, wie sich besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Ende des "Kalten Krieges" zeigte. Für den beschwerlichen Übergang zu einer Entspannungspolitik war für Rosenberg das eben beschriebene Wechselverhältnis in besonderer Weise verantwortlich:

"Warum sind derlei Attitüden [mißtrauische Einstellungen gegenüber der Sowjetunion] noch immer so stark, daß sie den Spielraum der Entwicklung und Überprüfung politischer Konzeptionen nach wie vor einengen? Die naheliegendste Erklärung ist, daß die politische Elite sich deshalb an diese Einschätzung der Attitüden der breiten Öffentlichkeit gewöhnt hat, weil sie selbst entscheidenden Anteil daran hatte, der Öffentlichkeit diese Attitüden beizubringen"⁶⁵.

Im Fall der Einstellungsänderung der politischen Eliten und insbesondere der Bundesregierung bezüglich ihrer Einschätzung der sowjetischen Reformpolitik war der eben beschriebene Rückkoppelungsprozeß in besonderer Weise wirksam. Er wurde durch die große Aufmerksamkeit, die sicherheitspolitische Themen Mitte der 80er Jahre durch die Auseinandersetzung um den sog. NATO-Doppelbeschluß und die Friedensbewegung in der Öffentlichkeit gewonnen hatten, noch verstärkt. Diese öffentlichen Debatten ermöglichten eine von den politischen Eliten stärker unabhängige Herausbildung von Einstellungen in der Bevölkerung.⁶⁶

61 Vgl. Rattinger (Anm. 12), S. 111. Ekkehart Krippendorff, Ist Außenpolitik Außenpolitik?, in: Ders. (Hrsg.), Internationale Beziehungen, Köln 1973, S. 189-213, S. 199, und Hans Nicklas, "Feindbild", in: Ralf Zoll/Ekkehard Lippert/Tjarek Rössler (Hrsg.), Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch, Opladen 1977, S. 90-94, S. 91.

62 Vgl. Nicklas/Gantzel (Anm. 36), S. 233. Boulding (Anm. 3), S. 121 f., und auch Norbert Ropers, Tourismus zwischen Ost und West. Ein Beitrag zum Frieden?, Frankfurt a.M. 1986, S. 127, der von der "wechselseitigen Beeinflussung zwischen den politischen Einstellungen der breiten Bevölkerung und den Äußerungen der politischen Elite" spricht. Dieses Wechselverhältnis, das hier nur ansatzweise und idealtypisch beschrieben wird, ist so selbstverständlich nur auf demokratisch verfaßte Gesellschaften anwendbar, in denen auch eine "Vielzahl unabhängiger und kritischer Informationsvermittler" vorhanden ist (Nicklas/Gantzel (Anm. 36), S. 237). Vgl. auch Müller/Risse-Kappen (Anm. 56), S. 388, die den Einfluß der Öffentlichkeit abhängig von der Wichtigkeit der Sachfrage und der Fragmentiertheit des politischen Prozesses sehen.

63 Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 276.

64 Vgl. Munton (Anm. 21), S. 97.

65 Rosenberg (Anm. 3), S. 261.

66 Vgl. Philip P. Everts, Where the Peace Movement Goes when it Disappears. in: The Bulletin of Atomic Scientists 45 (1989) 9, S. 6-30, S. 28.

Der 1985/86 einsetzende Wandel in der Sowjetunion führte zunächst nur in der öffentlichen Meinung bezüglich der Sympathie für die Sowjetunion und bei der Bedrohungswahrnehmung zu Veränderungen. Bis 1987 hatte schon ein erheblicher Einstellungswandel stattgefunden, während H. Kohl dem alten Feindbild noch vollkommen verhaftet schien.⁶⁷ Die Regierenden vollzogen erst im Laufe des Jahres 1987 einen Wahrnehmungswechsel, der jedoch gleichzeitig auch noch alten Interpretationen verpflichtet war, wie sich anhand der Argumentationen in Bundestagsdebatten nachweisen läßt.⁶⁸ Mit diesem Wahrnehmungswechsel ging eine Besucherwelle konservativer Politiker in die Sowjetunion einher.⁶⁹ Es wirkte wie das Aufspringen auf einen fahrenden Zug, als sich die Bundesregierung 1987/88 von ihren alten Einstellungen zu lösen versuchte und immer wieder auch eine positive Haltung zur Politik Gorbatschows propagierte. Erst mit den Besuchen von H. Kohl in Moskau (Oktober 1988) und M. Gorbatschow in Bonn (Juni 1989) stabilisierten sich die gewandelten Einstellungen in der Regierung, wodurch sich weitgehende Übereinstimmung mit der Haltung in der Bevölkerung einstellte. Übrig bleibt aber die Tatsache, daß die neuen Informationen über die Sowjetunion in der Anfangsphase nicht zu einem übereinstimmenden Einstellungswandel bei Regierung und Bevölkerung führten, wie dies der rein kognitive Ansatz nahelegen würde.

5.3. Innergesellschaftliche Einstellungsdifferenzen

Ähnliche Einstellungsunterschiede können auch entlang anderer innergesellschaftlicher Trennungslinien angenommen werden.⁷⁰ Verschiedene Meinungsumfragen schlüsseln ihre Ergebnisse anhand solcher Merkmale auf und belegen damit das Vorhandensein differenzierterer Einstellungsänderungsprozesse, als dies der rein kognitive Erklärungsansatz vorsieht. Die folgende Tabelle zeigt anhand der Frage nach der Bedrohungswahrnehmung deutliche Einstellungsunterschiede, abhängig vom Geschlecht und der Parteipräferenz der Befragten.

67 Am deutlichsten zeigte sich dies in seinen im März 1987 geäußerten Vergleichen "Goebbels - Gorbatschow" und "Reykjavik - München 1938" (zitiert in: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung (Anm. 36), S. 290).

68 Vgl. Hanne-Margret Birckenbach, Wahrnehmungsmuster in den Ost-West-Beziehungen. Der Wandel der Perzeption der Sowjetunion in der Bundesrepublik, in: Klaus v. Schubert/Egon Bahr/Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1988, Heidelberg 1988, S. 71-82, S. 78.

69 Richard von Weizsäcker: 6.-11.7.1987. Bernhard Vogel: 10.-14.7.1988. Helmut Kohl: 24.-27.10.1988. Franz-Josef Strauß: 28.-31.12.1988. Lothar Späth: 8.-11.2.1989.

70 Vgl. Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 225-256.

Tabelle 5: "Fühlen Sie sich durch die Sowjetunion militärisch bedroht?"⁷¹

Merkmal		"Ja"	"Nein"	"weiß nicht"	Basis
Geschlecht	männlich	12,1%	87,2%	0,7%	480
	weiblich	24,4%	74,1%	1,5%	551
Parteienpräferenz	CDU/CSU	22,1%	76,4%	1,5%	352
	SPD	14,7%	84,7%	0,6%	457
	FDP	16,8%	83,2%	0,0%	55
	Grüne ⁷²	25,2%	73,2%	1,6%	92
	Rest	20,7%	76,4%	2,9%	74
Gesamtergebnis		18,7%	80,2%	1,1%	1031

5.3.1. Geschlecht

Der deutlichste Einstellungsunterschied bei der Frage nach der Bedrohungswahrnehmung zeigt sich bei dieser Umfrage zwischen Männern und Frauen. Gerade halb so viele Männer wie Frauen fühlten sich 1988 von der Sowjetunion bedroht. Ein ähnlich signifikanter Unterschied zeigte sich auch bei einer anderen Umfrage ("Wer glauben Sie, ist militärisch stärker?"): Fast doppelt so viele Männer (15,6%) wie Frauen (8,4%) hielten den Westen 1988 für militärisch stärker.⁷³ Ähnliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigten sich auch bei einer Umfrage bei Russen und Deutschen auf die Frage nach dem Nutzen von Atomwaffen zur Sicherung des Friedens: "Über die *Schädlichkeit* sind sich *russische Frauen und Männer mit den deutschen Frauen* vollkommen *einig*. Von den befragten *deutschen Männern* glauben allerdings immer noch 31 Prozent unbeirrbar weiter an den *möglichen Nutzen von Nuklearwaffen*".⁷⁴ An Erklärungen für einen geschlechtsspe-

71 Bei der von der Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 19), S. 29, im Oktober 1988 durchgeführten Umfrage wurden außer den hier angeführten Differenzierungen auch noch die Schulbildung, das Alter, das "Interesse für die UdSSR" und die Ortsgröße miteinbezogen. Bei diesen vier Faktoren zeigten sich jedoch weniger signifikante Einstellungsunterschiede. Die Frage, ob bei anderen Differenzierungen noch signifikante Einstellungsunterschiede auftreten würden, muß hier offen bleiben, weil weitere Untersuchungen zwar angemahnt sind, aber nicht vorliegen. Vgl. Gantzel (Anm. 57), S. 103, und Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 27.

72 Die für die Anhänger der Grünen angeführten Werte können so kaum stimmen; sie wurden möglicherweise mit denen der Anhänger der FDP vertauscht, denn alle anderen Umfragen bestätigen die Tendenz, daß Grünen-Anhänger sich weniger bedroht fühlen als FDP-Sympathisanten, so auch bei der Umfrage im Jahr 1989 der Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 18), S. 26.

73 Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 19), S. 27; 40% der Frauen und 31,3% der Männer hielten den Osten für stärker.

74 Richter (Anm. 14), S. 78 (Hervorhebungen dort). Auch die Emnid-Umfrage 1987 bestätigt geschlechtsspezifische Unterschiede: "Für den Verzicht auf Atomwaffen sprachen sich mehr Frauen als Männer (75 gegenüber 66 Prozent) aus" (Der Spiegel 46/1987, S. 82). Allerdings weist die Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom Juni 1989 bei der Bedrohungswahrnehmung nur noch sehr geringe bis gar keine geschlechtsspezifischen Unterschiede auf (Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 18), S. 26), was zwei grundsätzlich unterschiedliche Interpretationen zuläßt. Ent-

zifischen Umgang mit außenpolitischen Einstellungen mangelt es. Allerdings ließen sich Sozialisationsunterschiede, wie sie etwa auch für die Erklärung altersabhängiger Einstellungsunterschiede angeführt werden⁷⁵ sowie Faktoren wie "Informiertheit" und "Größe des Orientierungsraumes", wie sie für schulbildungsabhängige Einstellungsunterschiede angeführt werden,⁷⁶ möglicherweise auch auf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern anwenden, um einer Erklärung näher zu kommen.

5.3.2. Parteipräferenz

Bei diesem Merkmal zeigen sich ähnlich deutliche Unterschiede wie bei den geschlechtsspezifischen Einstellungen.⁷⁷ Die Orientierung der Bevölkerung an Partei-Meinungen für ihre außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen, wie dies oben schon im Zusammenhang mit dem außen- und sicherheitspolitischen Meinungsbildungsprozeß dargestellt wurde, zeigt, daß neben den Informationen über das Einstellungsobjekt offenbar noch andere Prozesse für den Erwerb und die Änderung von Einstellungen von Bedeutung sind, die beim rein kognitiven Ansatz außer acht bleiben.

Zusammenfassend läßt sich hier festhalten, daß die zahlreichen neuen Informationen über die Sowjetunion keineswegs zu einem einheitlichen Bild und in etwa übereinstimmenden Einstellungen in der BRD gegenüber der Sowjetunion führten, wie dies dem rein kognitiven Erklärungsansatz entsprechend zu erwarten wäre. Die zum Teil skizzierten Ansätze, wie diese Einstellungsunterschiede erklärt werden könnten, weisen dabei deutlich über das einfache, rein kognitive Erklärungsmodell hinaus. Schon an dieser Stelle zeigt sich, daß, wenn der Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion rein kognitiv erklärt wird, erhebliche unerklärte Reste bleiben, die offenbar einen weitergehenden Erklärungsansatz nötig machen.

weder lag ein deutlich geschlechtsabhängiger Einstellungswandel vor, oder die als signifikant erachteten Unterschiede von 1988 ergaben sich aus den methodisch bedingten Ungenauigkeiten und lassen folglich keinerlei Rückschlüsse zu. Meyer (Anm. 12), S. 71, ging Anfang der 80er Jahre von einem Rückgang der Variable "Geschlechterzugehörigkeit" als Indikator für sicherheitspolitische Orientierungen aus.

75 Vgl. Meyer (Anm. 12), S. 88.

76 Vgl. Rudolf Streit, Das individuelle Bild vom außernationalen Bereich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 34 (1982) 4, S. 677-695.

77 Dies wird auch durch Umfragen, die in allen EG-Staaten durchgeführt wurden, belegt: "Personen, die sich im politischen Spektrum links einordnen, haben erwartungsgemäß eine noch günstigere Meinung über die Sowjetunion (70% gegenüber 56%, deren politische Meinung weiter rechts liegt)" (Euro-Barometer 32. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft, hrsg.: Kommission der europäischen Gemeinschaften, Brüssel, S. 40); diese Angabe basiert auf der unten (Tabelle 6) dokumentierten Umfrage über die "Allgemeine Meinung über die UdSSR".

5.4. Länderspezifische Einstellungsdifferenzen

"With exceptions such as the Federal Republic, there is a marked 'wait-and-see' attitude in the West" ⁷⁸. Nur die Deutschen reagierten mit "Gorbimanie" auf die Reformprozesse in der Sowjetunion, während in fast allen anderen westlichen Ländern die Skepsis gegenüber M. Gorbatschow und seiner Reformpolitik vorherrschte. ⁷⁹ Die frühe positive Reaktion auf die Veränderungen in der Sowjetunion und ihre große Sympathie für den sowjetischen Generalsekretär brachten der BRD großes Unverständnis bei ihren Verbündeten und damit auch der NATO große Probleme ein, ⁸⁰ denn vor allem in den USA herrschte große Skepsis gegenüber Glasnost und Perestroika. Beispielsweise war im Juli 1988 die Einstellung gegenüber der Sowjetunion in den USA noch deutlich negativ geprägt: bei der Frage "for a country which you like very much or dislike very much" schnitt die Sowjetunion deutlich unter dem Mittelwert und gleichzeitig klar schlechter als andere Länder ab. ⁸¹

Fast ebenso zurückhaltend reagierten die Franzosen: "The French are the people least touched by the 'Gorbachev effect'" ⁸², die mit ihren Einstellungen gegenüber der Sowjetunion in Europa eine Sonderstellung einnehmen. Bei der europäischen Vergleichs-Befragung im Herbst 1989 zur "Allgemeinen Meinung über die UdSSR" hatten 71% der Deutschen, aber nur 45% der Franzosen eine positive Meinung. Die anderen EG-Staaten lagen zwischen diesen beiden Werten:

78 Jan Øberg, Coping with the Loss of a Close Enemy: Perestroika as a Challenge to the West, in: Bulletin of Peace Proposals 21 (1990) 3, S. 287-298, S. 293.

79 Vgl. Everts (Anm. 66), S. 30.

80 Noch im November 1988 wurde innerhalb der NATO versucht, die Reformpolitik der Sowjetunion als "media and diplomatic campaign" (Jacques Genton (Rapporteur), General Report on NATO and Public Opinion, hrsg., North Atlantic Assembly, Civilian Affairs Committee, Brüssel 1988, S. 6) oder sogar als "public opinion 'war'" (ebda., S. 1) gegen die NATO darzustellen: "The 'Gorbachev effect' is dangerous because it blinds Western public opinion to the fact that, in foreign policy, the Kremlin boss is pursuing the Soviet Union's traditional aims: denuclearization of Western Europe, US disengagement from the continent and therefore neutralization of Western Europe" (ebda., S. ii).

81 Elizabeth Hann Hastings/Philip K. Hastings (Hrsg.), Index to International Public Opinion, 1988-1989, New York u.a. 1990, S. 195.

82 Genton (Anm. 80), S. 5.

Tabelle 6: Meinung über und Vertrauen in die UdSSR (Herbst 1989) ⁸³

Länder	Allgemeine Meinung über die UdSSR		Vertrauen in die UdSSR	
	negativ	positiv	kein Vertrauen	Vertrauen
Belgien	37%	56%	44%	51%
Dänemark	29%	67%	50%	47%
BRD	20%	71%	26%	68%
Griechenland	27%	59%	42%	44%
Spanien	26%	55%	31%	49%
Frankreich	44%	45%	55%	37%
Irland	26%	56%	31%	52%
Italien	22%	65%	27%	65%
Niederlande	24%	69%	33%	61%
Portugal	26%	44%	27%	44%
England	33%	59%	43%	50%
EG gesamt	29%	60%	37%	54%

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn die EG-Bürger gefragt werden, "wieviel Vertrauen sie in die Sowjetbürger" haben. Dabei konnten sie zwischen den Antworten "viel Vertrauen" (4), "einiges Vertrauen" (3), "wenig Vertrauen" (2) und "überhaupt kein Vertrauen" (1) wählen, wobei entsprechende Punktzahlen vergeben wurden. Das größte Vertrauen in die Sowjetbürger bekundeten dabei die Niederländer; ihr Durchschnittswert lag bei 2,69; der der Deutschen lag bei 2,58, während die Franzosen (2,16) das geringste Vertrauen in die Sowjetbürger zeigten. ⁸⁴

Eine von den anderen europäischen Staaten unterschiedliche Entwicklung zeigt sich bei den Einstellungen der Finnen gegenüber der Sowjetunion. Luostarinen untersuchte ausführlich "The story of an enemy image" und erklärt dabei überzeugend die andere Einstellung der Finnen gegenüber der Sowjetunion:

"Finnish images of the Soviet Union differ in one important respect from those prevailing in Western Europe: the majority of the Finnish people are not afraid of the Soviet Union and do not consider it to represent a threat to their security" ⁸⁵.

⁸³ Quelle: Euro-Barometer 32 (Anm. 77), S. 40 f. Der gegenüber Frankreich noch geringere Wert von 44% bei den Portugiesen resultiert aus der offenbar größeren Zahl von "weiß nicht"-Antworten, denn die angeführten Zahlen für "negativ" und "positiv" ergeben zusammengenommen nur 70%. Es herrscht also in Portugal bei den Befragten, die eine Antwort auf die gestellte Frage gaben, ein deutliches Übergewicht der positiven Meinungen über die UdSSR. Dies trifft auf Frankreich nicht zu.

⁸⁴ Euro-Barometer 32 (Anm. 77), S. 45.

⁸⁵ Heikki Luostarinen, Finnish Russophobia: The Story of an Enemy Image, in: Journal of Peace Research 26 (1989) 2, S. 123-137, S. 124.

Der entscheidende Unterschied gegenüber anderen europäischen Ländern in der Entwicklung der Einstellungen gegenüber der Sowjetunion liegt nach Luostarinen darin, daß es für Finnland keinen "Zweiten Kalten Krieg" gab, die Einstellungen und die Bedrohungswahrnehmung sich nach der Phase der Entspannung Anfang der 80er Jahre nicht wieder zurückentwickelten.⁸⁶ Hier soll nicht auf die von Luostarinen dargelegte Erklärung dieser Entwicklung eingegangen werden, die sehr differenziert die Faktoren benennt, die den Zerfall der negativen Einstellungen ermöglichten.⁸⁷ Entscheidend ist hier, daß im Herbst 1989 deutliche Unterschiede in den Einstellungen gegenüber der Sowjetunion zwischen westlichen Ländern bestehen, die sich allein mit dem rein kognitiven Ansatz nicht erklären lassen.

Nun läßt sich natürlich auch für diese Länderunterschiede eine Vielzahl von ergänzenden Erklärungen anführen, beginnend mit der Uneinheitlichkeit der Berichterstattung und Kommentierung der sowjetischen Politik. Andere Erklärungsmuster weisen auf die aus verschiedenen Gründen besondere Situation in einzelnen Ländern hin, etwa die Nicht-Mitgliedschaft Finnlands in der NATO. Für die USA wird beispielsweise angeführt, daß sie als nicht-europäische Macht weniger Interesse an der europäischen Entspannung haben als die Westeuropäer oder daß die Amerikaner, speziell im Vergleich zu den Deutschen, eine andere politische Kultur besitzen, was als eine der Ursachen für die Unterschiede in den Einstellungen der Sowjetunion gegenüber angesehen wird.⁸⁸ Ebenfalls im Vergleich BRD - USA könnte auf den unterschiedlichen Einfluß der Friedensbewegungen hingewiesen werden: Die bundesrepublikanische Friedensbewegung sah, besonders in ihrem kirchlichen Teil, im Abbau des Antikommunismus eines ihrer zentralen Handlungsfelder, während die amerikanische Freeze-Bewegung nie versuchte, das anti-kommunistische Feindbild zu bekämpfen.⁸⁹

86 Luostarinen (Anm. 85), S. 124.

87 Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, Zerfall revanchistischer Organisationen, Kontakte zwischen den Völkern, wirtschaftliche Kooperation, Revision der Schulbücher und Veränderungen bei den Massenmedien, eine neue Sicht der finnischen Geschichte und der Welt und neue Visionen für die Zukunft des Landes. Vgl. Luostarinen (Anm. 85), S. 131.

88 Vgl. Stephen Kalberg, Vor dem Hintergrund zweier politischer Kulturen: Amerikaner und Deutsche haben ein unterschiedliches Sowjetunionbild, in: Beiträge zur Konfliktforschung 19 (1989) 4, S. 45-67, S. 46, der insbesondere auf die unterschiedliche Einschätzung der Rolle des Staates hinweist: "Im Verhältnis der beiderseitigen Politik gegenüber der Sowjetunion bedeutet das: Die amerikanische Politik wird stark durch Ideologie und Moral, die deutsche durch 'praktische' Erwägungen bestimmt". Vgl. zur Besonderheit der amerikanischen Politik auch Christian Tuschhoff, Einstellung und Entscheidung. Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der Reagan-Administration, 1981-1984, Baden-Baden 1990, S. 323, der nachweist, "daß die Reagan-Administration sich die Interpretation der Sowjetunion aus dem reichhaltigen Angebot der amerikanischen Sowjetunionforschung ausgewählt hat, das [sic!] den Prädispositionen ihres Denkbildes entsprach".

89 "In ihrem Bemühen um gesellschaftliche Achtung und aus Angst, ins Kreuzfeuer der mächtigen Geschütze der amerikanischen Kommunistenjäger zu geraten, neigte die Abrüstungsbewegung in den USA dazu, die chronischen antisowjetischen Ressentiments der Amerikaner unabsichtlich noch zu verstärken. Ein solches Vorgehen verschafft vielleicht eine größere gesellschaftliche 'Achtung', trägt jedoch dazu bei, das Klima des Kalten Krieges in westlichen Gesellschaften zu

Als weitere Besonderheit der Amerikaner, die Erklärungskraft für deren zögerliche Einstellungsänderung beanspruchen könnte, ließe sich anführen, daß in Amerika politische Beurteilungen viel stärker von moralischen Überzeugungen geprägt werden, für die Beurteilung der sowjetischen Politik mithin ein vollkommen anderer Maßstab gilt als etwa bei der Einschätzung europäischer Länder.⁹⁰ Diese Feststellung kann sehr gut die amerikanische Interpretation der sowjetischen Reformmaßnahmen erklären, welche danach ausschließlich darum propagiert wurden, um den Westen in falscher Sicherheit zu wiegen, die Europäer von den USA zu lösen und ein neutralisiertes Westeuropa zu schaffen.⁹¹

Jervis⁹² würde in dieser Interpretation den von ihm immer wieder beobachteten Mechanismus sehen, daß Staaten dazu neigen, das Verhalten anderer Staaten als Reaktion auf das eigene Handeln aufzufassen. Diesem Ansatz folgend wurde M. Gorbatschows Öffnungspolitik von den Amerikanern primär als Reaktion auf die verschärfte Konfrontationspolitik der Reagan-Administration und darum als gefährlich und feindlich aufgefaßt, wobei dann das verständigungsorientierte Auftreten M. Gorbatschows als Tarnung oder dergleichen interpretiert wird.

Auch für die besondere Offenheit der Deutschen für die sowjetische Perestroika finden sich zahlreiche Hinweise, die zur Erklärung herangezogen werden könnten: die geographisch exponierte Lage, die Situation einer (damals noch) geteilten Nation mit der besonderen Lage Berlins, die Erfahrungen zweier Weltkriege, die Handelsinteressen und, aus alledem folgend, ein besonderes Interesse an Entspannung.⁹³ Im Falle Frankreichs könnte für dessen zögerliches Eingehen auf die sowjetische Umgestaltung erklärend angeführt werden, daß seine spezielle militärisch-politische Rolle im Westen - militärische Nicht-Integration in die NATO - in besonderem Maße auf die sowjetische Bedrohung angewiesen ist; pointiert formuliert: "Frankreichs Außenpolitik benötigt eine gewisse Dosis von Ost-West-Spannung, um reibungslos funktionieren zu können"⁹⁴.

Diese Hinweise zielen schon deutlich auf die Frage nach den Ursachen für die vor 1985 in den meisten westlichen Staaten vorherrschenden negativen Einstellungen gegenüber der Sowjetunion. Wenn es dafür länderspezifische Ursachen gibt, lassen sich daraus möglicherweise auch Erklärungen für den unterschiedlichen Einstellungswandel ableiten. Dies soll jedoch nicht in einer, wie hier begonnen, unsystematischen Weise geschehen.⁹⁵ Die hier nur exemplarisch aufgelisteten Punkte waren als Hinweise gedacht auf ergän-

verschärfen statt abzuschwächen" (Norman Solomon, Die UdSSR - Der Feind, den Amerika braucht, in: Guha/Papcke (Anm. 36), S. 153-170, S. 166 f).

90 Vgl. Tuschhoff (Anm. 88), S. 325.

91 Vgl. Genton (Anm. 80), S. ii.

92 Jervis (Anm. 3), S. 482.

93 Vgl. Siegmann/Eberwein (Anm. 55), S. 39-43.

94 Tordis Batscheider/Peter Schlotter, Angst vor den Deutschen? Über Sicherheitsdenken und Sicherheitspolitik in Frankreich, in: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Angst vorm Frieden. Über die Schwierigkeiten der Friedensentwicklung für das Jahr 2000, Darmstadt 1989, S. 99-108, S. 107.

95 Für eine Bestandsaufnahme der Feindbildforschung bezüglich ihrer Ansätze zur Erklärung eines Feindbildzerfalls, vgl. Weller (1991) (Anm. 2).

zende, zum Teil auch konkurrierende Erklärungsansätze für die unterschiedlichen Einstellungen in verschiedenen westlichen Ländern. Diese Erklärungsansätze lassen sich zum großen Teil auch aus sozialpsychologischen Theorien herleiten oder in sie integrieren. Zunächst aber bleibt festzuhalten, daß es deutliche Einstellungsunterschiede zwischen westlichen Ländern gibt, die allein mit dem rein kognitiven Ansatz nicht erklärt werden können.

6. Sozialpsychologische Theorieansätze

Im vierten Kapitel wurde der Versuch unternommen, den oben dargestellten Einstellungswandel gegenüber der Sowjetunion auf die nächstliegende Weise zu erklären: als direkte Reaktion auf die veränderte sowjetische Politik. Mit der Darlegung dieser Veränderungen konnte aufgezeigt werden, daß das vormalig negative Bild der Sowjetunion erheblichen Zweifeln ausgesetzt war und der Einstellungswandel sich zu großen Teilen aus den Veränderungen der sowjetischen Politik erklären läßt. Unerklärt bleibt dabei jedoch die Uneinheitlichkeit der Einstellungen gegenüber der Sowjetunion, sowohl innerhalb der BRD als auch die Einstellungsunterschiede zwischen verschiedenen westlichen Ländern. Offenbar reicht der oben verfolgte rein kognitive Ansatz nicht aus, außenpolitische Einstellungen und ihre Veränderungen zu erklären. Darum soll nun ergänzend auf sozialpsychologische Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden, die Einstellungen sowohl aus kognitiven als auch aus affektiven Elementen zusammengesetzt sehen.⁹⁶ Dies wird deutlich, wenn man die kognitiven Wahrnehmungsprozesse genauer betrachtet.

6.1. Kognitive Wahrnehmungsprozesse

Der Mensch ist nicht in der Lage, allen seinen Wahrnehmungen dieselbe Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Er muß auswählen, wobei ihm eine Reihe von Prinzipien zugute kommt, die der menschliche Wahrnehmungsapparat anwendet, um mit der unendlichen Reizvielfalt zu Rande zu kommen. Die drei wesentlichen Prozesse hierbei sind Kategorisierung, Generalisierung und Akzentuierung.⁹⁷ Insbesondere die Kategorisierung, die

⁹⁶ Die klassische Dreiteilung von Einstellungen nach der sog. "Drei-Komponenten-Konzeption" (vgl. Rosenberg/Hovland (Anm. 53)) in kognitive, affektive und konative Elemente wird hier auf zwei Elemente verkürzt eingeführt, da es im Zusammenhang mit außenpolitischen Einstellungen kaum oder gar kein Verhalten im Sinne von Handlungen der/des einzelnen gibt. Auch ist die Einbeziehung der Verhaltens-Dimension (konative Komponente) in der Sozialpsychologie umstritten. Vgl. Wolfgang Stroebe, Grundlagen der Sozialpsychologie, Stuttgart 1980, S. 141-143.

⁹⁷ Bei der Generalisierung wird von selbst erlebten Einzelfällen auf das Verhalten aller Mitglieder einer Kategorie geschlossen, also die Erwartung weitgehender Ähnlichkeit aller Mitglieder einer Kategorie. Die Akzentuierung ist in gewisser Weise die zwangsläufige Folge der Kategorisierung. Wenn durch die *Kategorisierung* eine Einteilung in Gruppen stattfindet, werden Zwischenstufen übergangen. Somit findet eine "Überschätzung der Ähnlichkeiten innerhalb einer Kategorie sowie eine Überschätzung der Unterschiede, die zwischen den Kategorien bestehen", statt (Kurt H. Stapf/Wolfgang Stroebe/Klaus Jonas, Amerikaner über Deutschland und die Deutschen.

"Klassifizierung ähnlicher Dinge oder Personen in eine gemeinsame Kategorie" ⁹⁸, bildet die Grundlage von Einstellungen gegenüber anderen Gruppen, denn auch bei der Wahrnehmung anderer Menschen werden Kategorien oder Gruppen anhand sogenannter Stereotype gebildet. Stereotype sind "Komplexe von Eigenschaften, die Personen aufgrund dieser Zuordnung zu einer Gruppe zugeschrieben werden" ⁹⁹.

"Nach dem kognitiven Ansatz sind Stereotype normale Kategorien, die der kognitiven Ökonomie dienen. Durch Kategorisierung vermindert der Organismus die Komplexität seiner Umwelt und reduziert damit die Notwendigkeit zu ständig neuem Lernen. Die Kosten dieser Ökonomie sind gewisse Wahrnehmungsverzerrungen, die sich aber in nichts von den Verzerrungen, wie sie bei der Wahrnehmung von physikalischen Objekten auftreten, unterscheiden" ¹⁰⁰.

Allerdings taucht beim Prozeß der Stereotypisierung an einem entscheidenden Punkt ein Phänomen auf, das ihn von anderen Kategorisierungsprozessen doch unterscheidet und allein kognitiv nicht erklärbar ist. "So sind Stereotype von Fremdgruppen in der Regel negativer als die von Gruppen, denen man selbst zugehört" ¹⁰¹. Diese Negativbewertung der Fremdgruppe besitzt, davon geht die Sozialpsychologie aus, eine wichtige Funktion im seelischen Haushalt des Menschen: sie dient dem Selbstwertschutz. So unterliegt "die Beurteilung anderer Personen häufig motivational bedingten Verzerrungen" ¹⁰², d.h. sie werden negativer wahrgenommen, um damit dem eigenen Bedürfnis nach Selbstwertschutz und Selbstwerterhöhung nachzukommen und eine positive Bewertung der Eigengruppe zu stabilisieren. Detailliert wird dies in der Social Identity Theory untersucht und erklärt.

6.2. Social Identity Theory

Die Social Identity Theory geht davon aus, daß mit sozialen Kategorisierungen nicht nur die Wahrnehmungen geordnet werden, sondern diese Kategorisierungen auch ein System für die Selbstwahrnehmung liefern und damit den Platz des Individuums in der Gesellschaft bestimmen. ¹⁰³ Dieser Platz resultiert aus der Zuordnung zu einer sozialen Grup-

Urteile und Vorurteile, Opladen 1986, S. 26). Vgl. auch Bernd Schäfer/Bernd Six, Sozialpsychologie des Vorurteils, Stuttgart 1978, S. 34-50, und Six (Anm. 3).

98 Stapf/Stroebe/Jonas (Anm. 97), S. 26.

99 Stroebe (Anm. 96), S. 73 f.

100 Stapf/Stroebe/Jonas (Anm. 97), S. 28.

101 Stapf/Stroebe/Jonas (Anm. 97), S. 28.

102 Dagmar Stahlberg/Gabriele Osnabrügge/Dieter Frey, Die Theorie des Selbstwertschutzes und der Selbsterhöhung, in: Dieter Frey/Martin Irle (Hrsg.), Theorien der Sozialpsychologie, Band 3: Motivations- und Informationsverarbeitungstheorien, Bern 1985, S. 79-126, S. 94.

103 Henri Tajfel/John C. Turner, The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: Stephen Worchel/William G. Austin (Hrsg.), Psychology of Intergroup Relations, Chicago, Ill., 1986 (2. Aufl.), S. 7-24, S. 16.

pe, wobei dann immer ein wertender Vergleich der eigenen Gruppe mit anderen Gruppen vorgenommen wird. Daraus entsteht die soziale Identität, welche diejenigen Aspekte des Selbstbildes eines Individuums enthält, die sich aus den sozialen Kategorien ergeben, zu welchen es sich zugehörig wahrnimmt. Je stärker die Gruppenmitgliedschaft als ein Aspekt des Selbstbildes internalisiert ist, desto abhängiger ist das betreffende Individuum von der Bewertung dieser Gruppe. ¹⁰⁴

Diese, in sozialpsychologischen Experimenten vielfach nachgewiesenen Prozesse wurden auch in der Feindbildforschung aufgenommen, und dabei auf den Zusammenhang von Feindbildern und Selbstwertgefühl hingewiesen. ¹⁰⁵ Auch der Hinweis, Feindbilder niemals ohne die dazugehörigen Selbstbilder zu betrachten, ¹⁰⁶ basiert auf den Erkenntnissen der Social Identity Theory. Mit diesen sozialpsychologisch erforschten Prozessen ist wohl eine entscheidende Grundlage für die Existenz sog. Freund-Feind-Schemata, d.h. dichotomisch strukturierter außenpolitischer Einstellungen, gegeben. Das Feindbild ist der eine Teil des Freund-Feind-Schemas, das sowohl für die eigene wie für die "Feind"-Gruppe idealisierte Vorstellungen enthält. "Der Verteufelung des Gegners entspricht die offiziell unkritische Idealisierung des eigenen Systems" ¹⁰⁷.

Dieses Freund-Feind-Schema dient wiederum gleichzeitig der Orientierung, ¹⁰⁸ womit ein, die Entstehung solcher Freund-Feind-Schemata unterstützender Faktor gegeben ist, denn gerade in einem, der täglichen Lebenspraxis so weit entfernten Bereich wie der Außenpolitik spielt eine solche Orientierung eine wichtige Rolle. ¹⁰⁹

¹⁰⁴ Tajfel/Turner (Anm. 103), S. 16.

¹⁰⁵ Vgl. etwa Karl Bruno Leder, Warum hassen wir einander. Über die Wurzeln von Feindbildern und die Erziehung zur Toleranz, in: Guha/Papcke (Anm. 36), S. 55-70, S. 64, der "die unteren sozialen Schichten als am anfälligsten für Fremdenhaß" ansieht. Vgl. auch Thea Bauriedl, Versöhnung mit einem unbekanntem Feind? Über die Funktion von Feindbildern und über die Chancen, sie aufzulösen, in: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion - eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989, S. 344-357, S. 352-354, die darauf hinweist, daß mit dem Selbstwertgefühl auch die Sicht auf und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zusammenhängt. Daß diese Zusammenhänge offenbar auch beim *Abbau* von Feindbildern von Bedeutung sind, bestätigt Luostarinen (Anm. 85), S. 131, der als eines der "new developments at the cultural level" beim Verzicht der Finnen auf das Feindbild Sowjetunion "a search for a new Finnish history" anführt.

¹⁰⁶ Vgl. Hans-Peter Nolting, Kein Feindbild ohne Selbstbild, in: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung (Anm. 36), S. 71-81, S. 74. Nicklas (Anm. 61), S. 90 f. Ostermann/Nicklas (Anm. 3), S. 26 und 30. Ruedi Brassel-Moser, Vorurteil im Feindbild - Vorbild im Feindurteil. Überlegungen zu Vorurteilen, Selbst- und Feindbildern in der Schweiz, Basel 1989, S. 56. Luostarinen (Anm. 85), S. 125. Waldemar Lilli, Entwicklung von Feindbildern aus sozialpsychologischer Sicht, in: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung (Anm. 36), S. 16-30, S. 22 f.

¹⁰⁷ Horst-Eberhard Richter, Zur Psychologie des Friedens, Reinbek 1982, S. 123.

¹⁰⁸ Vgl. Bauriedl (Anm. 105), S. 324, 326, und auch Ingo Ossendorff, Der Falkland-Malwinenkonflikt 1982 und seine Resonanz in der nationalen Presse. Eine Studie über Feindbilder in der Regierungskommunikation, Frankfurt a.M. 1987, S. 92.

¹⁰⁹ Vgl. dazu Dobler (Anm. 12), S. 146 f. Nicklas (Anm. 36), S. 102 f. Sommer (Anm. 36), S. 38. Eckart Spoo, Freund und Feind in der Presse, in: Michael (Anm. 60), S. 9-26, und Lippert/Wachler (Anm. 4), S. 81 f.

"Das Freund-Feind-Muster ist eine der zentralen Kategorien, nach denen das politische Geschehen perzipiert und interpretiert wird. Da der Bereich der Politik - insbesondere derjenigen der internationalen Politik der unmittelbaren Erfahrung des Menschen entzogen ist, werden die Denkschablonen der verzerrten Erfahrung der alltäglichen Praxis auf diesen Bereich übertragen. [...] Das Schwarz-Weiß-Klischee, die Einteilung der politischen Akteure nach 'Freunden' und 'Feinden' verschaffen das Gefühl, eindeutige Leitlinien zum Verständnis des politischen Geschehens zu haben. Diese Einteilung in Böcke und Schafe reduziert die Komplexität des politischen Geschehens, vermeidet Zweideutigkeit und Unsicherheit" 110.

Diese dichotomische Interpretation der internationalen Politik wird gestützt und gefördert durch die Medienberichterstattung. Das Grundprinzip des Freund-Feind-Schemas liegt in der Unterscheidung zwischen "Gut" und "Böse", und von internationaler Politik erfährt die Öffentlichkeit nur aus den Medien und damit in einer nach dem Schema Gut-Böse schon vorstrukturierten Form. 111 Diese Struktur wiederum entspricht den im Sozialisationsprozeß erworbenen und für den Kategorisierungsprozeß bei der Aufnahme von Informationen vorhandenen stereotypen Mustern im Menschen. 112

Dieses dichotomische Weltbild ermöglicht die durchgehende Positivbewertung der eigenen nationalen Gruppe, weil durch ein Feindbild die Außenverortung alles Negativen geschieht. 113 Und von dieser Positivbewertung kann der oder die einzelne mehr oder weniger profitieren, abhängig davon, wie stark die nationale Gruppenmitgliedschaft als Aspekt des Selbstbildes internalisiert ist. 114 So ist das Selbstwertgefühl des oder der einzelnen unmittelbar mit den Erfahrungen nationaler Identität verbunden. 115

110 Ostermann/Nicklas (Anm. 3), S. 31.

111 Vgl. Nicklas (Anm. 60). Ders. (1985) (Anm. 36), S. 105. Arnold Sywotek, Die Sowjetunion aus westdeutscher Sicht seit 1945, in: Gottfried Niedhart (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion, Paderborn 1983, S. 314. Ropers (Anm. 62), S. 127.

112 "Feindbilder entstehen eben nicht auf individueller Ebene, nicht spontan und zufällig, sondern sie werden ideologisch induziert. [...] Die Politiker, die Medien liefern die vorgefertigten Gestalten, die zu den Willkommensstrukturen, zu den inneren Dispositionen, welche mehr struktureller, formaler Natur sind, passen wie ein Schlüssel zu einem Schloß" (Erich Wulff, Zur Produktion und zur Wirkung von Feindbildern, in: Feindbilder im Dienste der Aufrüstung (Anm. 36), S. 108-118, S. 116). Wie sehr gerade die Darstellungen in Schulbüchern ein dichotomisches Weltbild vermitteln, zeigen Lißmann/Nicklas/Ostermann (Anm. 4), S. 46. Vgl. hierzu auch Sywotek (Anm. 111), S. 359.

113 Vgl. Lilli (Anm. 106), S. 17 f. und Bauriedl (Anm. 105), S. 349. Diese bipolare Struktur der Wahrnehmung beginnt schon beim Kleinkind, wenn es die Unterscheidung zwischen *sich* und *den anderen* entdeckt. Vgl. Vamik D. Volkan, The Need to have Enemies and Allies: A Developmental Approach, in: Political Psychology 6 (1985) 2, S. 219-247, S. 232. Vgl. auch Kurt Spillmann/Kati Spillmann, Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus, in: Beiträge zur Konfliktforschung 19 (1989) 4, S. 19-44, S. 24-26, und Frei (Anm. 3), S. 109, der bei seiner Untersuchung der sowjetischen und amerikanischen Sicht der jeweiligen Gegenseite die für ein Feindbild typischen Muster feststellt: "Die anderen sind das Gegenteil von uns" und "Die anderen tun zwar dasselbe, aber wenn wir es tun, ist es positiv, wenn die anderen es tun, ist es negativ".

114 Vgl. dazu Brassel-Moser (Anm. 106), S. 47. Volkan (Anm. 113), S. 231. Leder (Anm. 105), S. 61 f. Howard F. Stein, Psychological Complementarity in Soviet-American Relations, in: Political

Auf der Basis dieser Theorie deuten sich erste Erklärungen für den unterschiedlichen Feindbildzerfall an. Je stärker jemand sein Selbstwertgefühl aus der nationalen Gruppenzugehörigkeit bezieht, desto stärker wird sie oder er an den alten Bewertungen, der Abwertung von Fremdgruppen zur Höherwertung der Eigengruppe festhalten. Wir hatten oben gesehen, daß Menschen mit einer eher konservativen Parteienpräferenz ein schlechteres Sowjetunionbild besitzen als SPD-Anhänger oder Grünen-Sympathisanten. In ihrer unterschiedlichen Einstellung zur eigenen nationalen Gruppe könnte hierfür eine Erklärung enthalten sein. Dieser Erklärung entsprechend wäre in weitergehenden Untersuchungen auch die Hypothese zu überprüfen, ob Frauen ihr Selbstwertgefühl stärker über die nationale Zugehörigkeit erwerben als Männer, weil, wie sich oben zeigte, Frauen an einem negativeren Sowjetunionbild festhielten als Männer.

Kann ein positives, nationales Selbstbild auch anders als durch die Herabsetzung eines Feindes gewonnen werden, wie dies im Westen über mehrere Jahrzehnte hinweg praktiziert wurde, wo das Feindbild Sowjetunion als Freund-Feind-Schema zu höherem eigenem Selbstwertgefühl verhalf? ¹¹⁶ Kaplowitz benennt verschiedene Faktoren, die für die Bildung eines nationalen Selbstbildes von Bedeutung sind, ¹¹⁷ u. a.

- was positiv und was negativ bewertet wird;
- die Wahrnehmung der eigenen Geschichte;
- die Ziele und Interessen des eigenen Landes für die Zukunft.

Psychology 6 (1985) 2, S. 249-261, S. 255 f. Frei (Anm. 3), S. 108. Norbert Ropers, Vom anderen her denken. Empathie als paradigmatischer Beitrag zur Völkerverständigung, in: Reiner Steinweg/Christian Wellmann (Red.), *Friedensanalysen 24. Die vergessene Dimension internationaler Konflikte: Subjektivität*, Frankfurt a.M. 1990, S. 114-150, S. 114. Norbert Elias, *Die Fischer im Mahlstrom* (1980), in: Ders., *Engagement und Distanzierung. Arbeiten zur Wissenssoziologie I*, Frankfurt a.M. 1987, S. 75-183, S. 163. Ders., *Humana conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes*, Frankfurt a.M. 1985, S. 139 f. Richter (Anm. 107), S. 116. "Die Ich-Schwäche heute, die gar nicht nur psychologisch ist, sondern in der der seelische Mechanismus die reale Ohnmacht des Einzelnen gegenüber der vergesellschafteten Apparatur registriert, wäre einem unerträglichen Maß an narzißtischer Kränkung ausgesetzt, wenn sie nicht, durch Identifikation mit der Macht und Herrlichkeit des Kollektivs, sich einen Ersatz suchen würde" (Theodor W. Adorno, *Meinung, Wahn, Gesellschaft*, in: Ders., *Eingriffe*, Frankfurt a.M. 1980 (9. Aufl.), S. 147-172, S. 156).

115 Vgl. Eva Senghaas-Knobloch, *Zur politischen Psychologie internationaler Politik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 52-53/1988*, S. 14-23, S. 20. Vgl. auch Volcan (Anm. 113), S. 237.

116 Vgl. Øberg (Anm. 78), S. 295. Für Elias (1980) (Anm. 114), S. 138, ist der Systemantagonismus "ein selbsteskalicierender Doppelbinder, wie er im Buche steht", also eine Struktur, die mit einer Eigendynamik ausgestattet ist. Vgl. zum "Doppelbinder" Elias (1980) (Anm. 114), S. 83-86 und Elias (1985) (Anm. 114), S. 144 f.

117 Noel Kaplowitz, *National Self-Images, Perception of Enemies, and Conflict Strategies: Psychological Dimensions of International Relations*, in: *Political Psychology 11* (1990) 1, S. 39-82, S. 47 und 50. Für Kaplowitz sind nationale Selbstbilder außerdem ein entscheidender Faktor für das Konfliktverhalten von Staaten: "It is a basic assumption of the theory presented here that the ways in which peoples and groups within nations see themselves influence their conflict behavior in direct and indirect, conscious and unconscious ways [...]: (1) the more grandiose the manifest, and negative the often underlying self-images, the greater the disposition toward a totalist strategy, one which requires total victory and implies total defeat for the other. Conversely, (2) the more positive the self-images, the greater the tendency toward a firm-by-cooperative strategy, one which aims at mutually satisfying outcomes in conflict situations".

Wird also, wie Luostarinen ¹¹⁸ es für Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben hat, das positive Selbstbild und damit das nationale Selbstvertrauen über den produktiven Umgang mit der eigenen Geschichte, die Formulierung neuer Ziele für die Zukunft des Landes und eine neue Wahrnehmung der Weltlage gebildet und nicht primär über die Mechanismen des Freund-Feind-Schemas, kann offenbar leichter auf Feindbilder verzichtet werden. ¹¹⁹ "The national identity and pride of the people could no longer be based on hatred, rejection, prevention, and fear" ¹²⁰, so daß das nationale Selbstvertrauen nicht mehr über ein Freund-Feind-Schema gewonnen wurde.

Hieraus ließen sich möglicherweise weitere Erklärungsansätze, insbesondere für die nationalen Unterschiede beim Rückgang des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion ableiten. Wenn das positiv gebildete nationale Selbstbild und Selbstvertrauen offenbar die Möglichkeit beinhaltet, leichter auf Freund-Feind-Schemata zu verzichten oder zumindest ihre Stärke zu reduzieren, könnte dieser Faktor auch zur Erklärung für das stärkere Festhalten an einem Freund-Feind-Schema und speziell am antikommunistischen Feindbild beitragen. Die veränderte Politik der Sowjetunion hat das Feindbild in Frage gestellt; es aufzugeben erfordert offenbar mehr als die Wahrnehmung dieser Veränderungen.

Und auch für den national unterschiedlichen Feindbildabbau deuten sich Erklärungen an. Besonders die USA hatten Anfang der 80er Jahre ihr durch Vietnam, Watergate und das Geiseldrama im Iran stark in Mitleidenschaft gezogenes Selbstwertgefühl auf der Grundlage eines verstärkten Freund-Feind-Schemas erneuert; die Sowjetunion bot mit ihrem Einfluß auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und dem Einmarsch in Afghanistan die geeigneten Anlässe dafür. ¹²¹

Hierin könnte eine Erklärung gesehen werden für das stärkere Festhalten am Freund-Feind-Schema des sog. Ost-West-Konflikts in den USA Ende der 80er Jahre: weil das Anfang der 80er Jahre neu gewonnene Selbstvertrauen der USA primär auf dem Freund-Feind-Schema, auf der Selbstwertsteigerung durch Fremderniedrigung ("Reich des Bösen") beruhte, mußten die Amerikaner stärker an ihrem Feindbild gegenüber der Sowjetunion festhalten, weil sie sonst eine Identitätskrise hätten befürchten müssen. ¹²² Ähnliches könnte für Frankreich, insbesondere im Zusammenhang mit der Rechtfertigung sei-

¹¹⁸ Luostarinen (Anm. 85), S. 131.

¹¹⁹ Zu den Einzelheiten, deren Untersuchung und Diskussion hier nicht geleistet werden kann, vgl. Kaplowitz (Anm. 117). Luostarinen (Anm. 85). Klaus v. Schubert, Das Konzept der Sicherheit und die deutsche Suche nach einer politischen Identität. Zur Frage der Friedensfähigkeit im Ost-West-Konflikt, in: Jan Assmann/Dietrich Harth (Hrsg.), Kultur und Konflikt, Frankfurt a.M. 1990, S. 322-342. Øberg (Anm. 78) und Ropers (Anm. 114), S. 144, der am Ende seines Beitrages die Frage stellt: "Wie können Kulturen und Nationen ihre Identität so behaupten und weiterentwickeln, daß sie zugleich die Voraussetzungen für einen empathischen Umgang mit anderen Kulturen und Nationen verbessern?"

¹²⁰ Luostarinen (Anm. 85), S. 132.

¹²¹ Vgl. Tuschhoff (Anm. 88), S. 323 f. Richter (Anm. 107), S. 117, und Solomon (Anm. 89), S. 162.

¹²² Øberg (Anm. 78).

ner besonderen militärisch-politischen Rolle innerhalb des westlichen Bündnisses, angenommen werden. ¹²³

Auf der anderen Seite wären, betrachtet man die im fünften Kapitel beschriebenen Einstellungsunterschiede, nationale Identität und Selbstwertgefühl in den Niederlanden und der BRD daraufhin zu untersuchen, ob sich Anhaltspunkte finden lassen, daß in diesen beiden Ländern leichter auf die Selbstwertstabilisierung oder -erhöhung durch Freund-Feind-Schemata verzichtet werden konnte. ¹²⁴ Dies kann jedoch im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden, weil dazu mehrere Einzeluntersuchungen zu vielfältigen Faktoren und Randbedingungen erforderlich sind.

6.3 Theorie der kognitiven Dissonanz

Auch eine andere sozialpsychologische Theorie kann möglicherweise etwas zur Erklärung der Unterschiede im Feindbilderfall beitragen. Ausgangspunkt ist dabei die Theorie der kognitiven Dissonanz ¹²⁵, die im Laufe der Zeit eine Vielzahl von Modifikationen und Erweiterungen erfahren hat. ¹²⁶ Konzentrierte sie sich zu Anfang sehr stark auf die kognitive Dissonanz nach Entscheidungen, wurde vor allem in der Fortentwicklung der Theorie durch Martin Irlle eine Ausweitung ihres Anwendungsfeldes erreicht, so daß sie auch für den hier behandelten Bereich der Einstellungsänderungen Erklärungen verspricht. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, daß Prozesse der Informationsverarbeitung eine kontinuierliche Folge von Entscheidungen und zwar von Erkenntnis-Entscheidungen darstellen. ¹²⁷

Kognitive Dissonanz entsteht, wenn zwei Kognitionen nicht zueinander passen, nicht miteinander vereinbar sind. Dabei bezeichnet "Kognition" jede Form von Wissen, Meinungen und Wahrnehmungen über die Realität, auch über sich selbst. Die Beziehung zwischen zwei Kognitionen kann irrelevant sein, d.h., daß für eine Person an einem bestimmten Ort in Raum und Zeit keine Verbindung zwischen diesen zwei Kognitionen gegeben ist, sie mithin auch nicht in Dissonanz zueinander stehen können. Nur bei einer relevanten Beziehung zwischen zwei Kognitionen kann Dissonanz auftreten, was sich beispielhaft sehr gut in der Situation nach einer Entscheidung zeigen läßt. Wenn sich eine Person (P) zwischen den zwei Alternativen (A) und (B) zu entscheiden hat, es sowohl für

123 Vgl. Batscheider/Schlotter (Anm. 94), S. 107.

124 Einzelne Hinweise finden sich bei Schubert (Anm. 119), S. 330-334. Iring Fetscher, Zum Umgang mit Freund- und Feindbildern, in: Peter Michael Pflüger (Hrsg.), Freund- und Feindbilder. Begegnung mit dem Osten, Freiburg 1986, S. 45-69, S. 46. Wolf-Dieter Narr, Der innere und der äußere Feind. Zu den Schwierigkeiten einer friedenspolitisch ausgerichteten Sozialwissenschaft, in: Peter Lock (Hrsg.), Frieden als Gegenstand von Wissenschaft. Hamburger Vorträge zur Friedensforschung 1, Frankfurt a.M. 1982, S. 97-112, S. 103 f. Richter (Anm. 14), S. 52 und 82 f.

125 Leon Festinger, A Theory of Cognitive Dissonance, Stanford, Cal. 1957.

126 Vgl. Dieter Frey, Die Theorie der kognitiven Dissonanz, in: Ders./Irlle (Hrsg.) (Anm. 102), S. 243-292.

127 Martin Irlle, Lehrbuch der Sozialpsychologie, Göttingen 1975, S. 319.

(A) wie für (B) gute Gründe gibt und die Entscheidung letztlich für (A) ausfällt, entsteht kognitive Dissonanz zwischen dieser getroffenen Entscheidung und den für die Alternative (B) sprechenden Gründen. Diese kognitive Dissonanz wird dann dadurch abgebaut, daß weitere, zur getroffenen Entscheidung (A) konsonante Informationen gesucht werden und zugleich dissonante, also zur Alternative (B) konsonante Informationen, ausgeblendet werden.

Für Irlé ist eine relevante Beziehung zwischen zwei Kognitionen dann gegeben, wenn es eine Hypothese gibt, welche die Beziehung zwischen den zwei Kognitionen erklärt: "Hypothesen generieren als Kognitionen Beziehungen zwischen anderen Kognitionen.¹²⁸ Kann die Beziehung zwischen zwei Kognitionen durch eine Hypothese erklärt werden, ergibt sich kognitive Konsonanz. Entsteht ein Widerspruch zwischen den Kognitionen und der Hypothese, trägt die Hypothese also nicht zur Erklärung der Beziehung zwischen den zwei Kognitionen bei, tritt kognitive Dissonanz auf.

Kognitive Dissonanz ist ein Zustand der Spannung zwischen zwei oder mehreren Kognitionen bzw. Hypothesen. Die Theorie der kognitiven Dissonanz geht davon aus, daß die betroffene Person dahin tendiert, diesen Zustand der Spannung kognitiver Dissonanz zu vermeiden oder ihm zu entkommen. Auf welche Weise dies geschieht, hängt ab von der Stärke der kognitiven Dissonanz, die primär dadurch bestimmt wird, wie stark die Überzeugung der Person (P) ist, daß die betreffende Hypothese wahr ist. Dies wiederum ist vor allem abhängig von der Anzahl der Bestätigungen und der Nicht-Bestätigungen der Hypothese sowie der sozialen Unterstützung, die (P) für diese Hypothese erfahren hat.

Wird eine Hypothese für wahr angenommen, werden weitere Informationen in dem betreffenden Kognitionsfeld an dieser Hypothese gemessen und entsprechend mit ihnen verfahren, daß keine kognitive Dissonanz auftritt. Nimmt jedoch die Anzahl der Informationen, die kognitive Dissonanz erzeugen, zu, wird der Widerstand der Hypothese gegen Änderungen relativ schwächer werden als der Widerstand gegen die dissonanten Informationen. Dann ist die Möglichkeit gegeben, daß die Hypothese derart geändert wird, daß die vorher dissonanten Informationen als konsonant aufgenommen werden können, was wiederum für vorher konsonante Kognitionen bedeutet, daß sie als dissonant wahrgenommen und zurückgedrängt werden. Dabei findet dann eine Zuwendung zu Informationen statt, die mit der neuen Hypothese konsonant sind, damit die kognitive Dissonanz reduziert werden kann.

Es zeigt sich, daß das Streben nach kognitiver Konsistenz selektive Wahrnehmungen zur Folge hat, wodurch die Deformation von Informationen entsteht und Vorurteile gegen das Auftreten neuer, widersprechender Informationen nahezu immun werden können.¹²⁹ Dies ist primär der Bereich, in dem die Theorie der kognitiven Dissonanz auf Feindbilder und ihre Veränderungen angewandt werden kann. Daß einmal für wahr angenommene Einstellungen im außenpolitischen Bereich, in der Terminologie der Theorie

128 Irlé (Anm. 127), S. 312.

129 Irlé (Anm. 127), S. 327.

der kognitiven Dissonanz "Hypothesen", aufgrund des Strebens nach kognitiver Konsistenz relativ stabil sind, ist in der Feindbildforschung häufig erläutert worden.¹³⁰

Eine weitere Anwendung der Theorie der kognitiven Dissonanz nimmt Lippert vor, wenn er von einer "Objektverschiebung" schreibt. Damit bezeichnet er den Vorgang, wenn nicht mehr der Gegner, sondern "eine komplexe Situation" als bedrohlich erlebt wird. Diese Situation sieht er zusammengesetzt aus einem "objektiven Sachverhalt, also Panzer, Flugzeuge, Raketen und deren Quantität wie Qualität", den "eher emotionalen Assoziationen, die vor allem Gefühle wie Furcht und Angst umfassen" und der "Situation 'Rüstung'" als "gesellschaftlich-politische Kräftekonstellationen und Zusammenhänge"¹³¹. Mit diesem Konzept meint er, den Feindbildwandel, sowohl was den Rückgang der Bedrohungswahrnehmung als auch was die erhöhte Sympathie für die Sowjetunion betrifft, erklären zu können:

"Damit aber tritt neben das Gefühl, von ihm bedroht zu sein, dieses mindernd oder überlagernd, die Perzeption des Gleich- oder Ähnlichbetroffenseins. Es ist also, so betrachtet, nicht so sehr der Sympathiezugewinn eines einzelnen politischen Führers und dessen Verallgemeinerung auf 'den Russen' schlechthin, der sich hinter dem sogenannten Gorbatschow-Effekt in den demoskopischen Verlaufskurven verbirgt"¹³².

Lippert weist darauf hin, daß - zumindest auch - das Erkennen der Bedrohung, die aus der Existenz der Rüstung und der ihr innewohnenden Eigendynamik resultiert, entscheidend zur Verringerung des Antikommunismus und der Bedrohungswahrnehmung beigetragen hat. Unter dem Gefühl der "totalen Bedrohung" schwindet die Bedeutung des Gegners und damit auch des Feindbildes:

"Weil die Totalität der Bedrohung gesellschaftliche Anomie und Apathie steigert, kommt es, quasi als Nebeneffekt, zu einem Verwischen der vorherrschenden Freund-Feind-Schemata, zumal auch 'die Freunde' im Besitz der finalen Waffen sind. Die Ängste vor der Bombe führen zu Äquidistanz zu Freund und Feind. So wie diese Bedrohung viele der alltäglichen Befürchtungen relativiert, stellt sie auch die subjektive Wertigkeit der eigenen Lebensordnung in Frage"¹³³.

Was Lippert "Objektverschiebung" nennt, ist in der Theorie der kognitiven Dissonanz die Konkurrenz zweier Hypothesen, die sich widersprechende Kognitionen als konsonant bzw. dissonant erscheinen lassen. Auf den Feindbildzerfall gegenüber der Sowjetunion bezogen ließe sich eine Hypothese (R) darstellen als "Die Sowjetunion strebt nach militärischer Überlegenheit und Expansion". Dem steht jedoch eine andere Hypothese (S)

130 Vgl. etwa Lilli (Anm. 106), S. 21. Eva Senghaas-Knobloch, Von Feindbildern zur kooperativen Bearbeitung von gemeinsamen Zivilisationsaufgaben in Europa. Arbeitspapier der Schweizerischen Friedensstiftung Nr. 8, Bern. 1990, S. 6 f. Rosenberg (Anm. 3), S. 250 f.

131 Ekkehard Lippert, Hoffentlich versichert. Über Wandlungen im Bedrohungsempfinden und Sicherheitsverständnis, in: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Mut zum Frieden, Darmstadt 1990, S. 305-317, S. 311.

132 Lippert (Anm. 131), S. 310.

133 Lippert/Wachtler (Anm. 4), S. 83.

entgegen, die sich beispielsweise als "Frieden ist nur bei gegenseitigem Vertrauen und Abrüstung möglich" fassen ließe. Für den Feindbildzerfall ließe sich nun annehmen, daß die Informationen, die eine Person (P) über die Sowjetunion erhält, zunehmend Dissonanz zur Hypothese (R) erzeugen, so daß ab einem bestimmten Zeitpunkt der Widerstand der Hypothese gegen die dissonanten Informationen zusammenbricht und die Hypothese geändert wird, bzw. eine schon immer vorhandene, aber bisher nicht auf die Sowjetunion angewandte Hypothese wie beispielsweise die oben dargestellte Hypothese (S) an ihre Stelle tritt, und als Folge davon mit den Informationen über die Sowjetunion vollkommen anders umgegangen wird.

Aus dieser Anwendung der Theorie der kognitiven Dissonanz auf außenpolitische Feindbilder lassen sich dann auch Hypothesen über den unterschiedlichen Feindbildzerfall entwickeln. Je weniger die Hypothese (S) für die Beziehungen gegenüber der Sowjetunion verdrängt wurde, desto eher kann sie bei dissonanten Informationen die Hypothese (R) ablösen, womit sich der deutlichere Feindbildzerfall bei SPD-Anhängern erklären ließe, die entspannte Beziehungen zur Sowjetunion schon immer eher für möglich hielten als Anhänger der CDU. Doch auch die länderspezifischen Unterschiede könnten mit dieser Theorie einer Erklärung zugeführt werden, denn daß beispielsweise die BRD als Land direkt an der ehemaligen Systemgrenze ein stärkeres Interesse an friedlichen Beziehungen zur Sowjetunion haben mußte als beispielsweise Frankreich oder die USA liegt auf der Hand. Entsprechend konnte die Hypothese (R) zu einem früheren Zeitpunkt durch die Hypothese (S) ersetzt oder zumindest zurückgedrängt werden.

Auch auf einer anderen, stärker an der oben dargestellten "Objektverschiebung" orientierten Ebene ließe sich die Theorie der kognitiven Dissonanz auf den unterschiedlichen Feindbildzerfall anwenden. Demnach findet dann ein stärkerer Feindbildabbau statt, wenn andere Bedrohungen, welche die Bedrohung durch den Gegner übersteigen, wahrgenommen werden. Die breite Diskussion über den sog. NATO-Doppelbeschluß Anfang der 80er Jahre brachte eine deutlich erhöhte Sensibilisierung für die Gefahren der Rüstung, insbesondere der Atomwaffen mit sich. Und auf den ersten Blick gibt es Korrelationen beim Vergleich verschiedener westlicher Länder zwischen der Stärke der Friedensbewegung, die entscheidend zu dieser Sensibilisierung beitrug, und dem stärkeren Feindbildabbau.¹³⁴ Die positivsten Meinungen über die Sowjetunion wurden in der BRD und den Niederlanden ermittelt (vgl. Tabelle 6), in den Staaten, in denen es eine breite und starke Friedensbewegung Anfang bis Mitte der 80er Jahre gab. Dagegen gab es in Frankreich, dem Land mit den negativsten Meinungen in Europa über die Sowjetunion (vgl. Tabelle 6), nur eine sehr schwache Friedensbewegung.¹³⁵

Und auch die innergesellschaftlichen Unterschiede ließen sich möglicherweise mit Hilfe dieses Phänomens der "Objektverschiebung" erklären, denn die positiveren Einstel-

134 Risse-Kappen (Anm. 57), S. 507.

135 Vgl. Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Opladen 1992, S. 580 f. Karl-Heinz Reuband, Nachrüstungsprotest in den Stationierungsländern. Eine Folge protestantisch geprägter Kulturen?, in: Josef Janning/Hans-Josef Legrand/Helmut Zander (Hrsg.), Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987, S. 271-284, S. 271.

lungen gegenüber der Sowjetunion sind bei *den* Teilen der Bevölkerung zu verzeichnen, bei denen stärkere Neigungen zur Friedensbewegung festgestellt werden konnten.¹³⁶ Im Rahmen dieser Studie können jedoch nur diese Andeutungen für mögliche erklärungskräftige Hypothesen und Ansätze gemacht werden. Die differenzierte Anwendung der Theorie der kognitiven Dissonanz auf den Feindbildzerfall muß einer größeren Untersuchung überlassen bleiben.

7. Zusammenfassung

Unter der Leitfrage, wie der Zerfall des Feindbildes gegenüber der Sowjetunion in der bundesdeutschen Bevölkerung zu erklären ist, wurde in dieser Studie, nach einer Begriffsbestimmung des Terminus "Feindbild" und einer differenzierenden Darstellung des Antikommunismus, zunächst der Feindbildzerfall Ende der 80er Jahre ausführlich dargestellt. Anschließend wurde, im vierten Kapitel, die nächstliegende Erklärung auf ihre Reichweite hin untersucht, wobei sich zeigte, daß die Erklärung des Feindbildzerfalls allein mit dem Hinweis auf die Veränderungen in der Sowjetunion nicht ausreicht. Mit diesem rein kognitiven Ansatz läßt sich nicht erklären, warum 1989 durchaus unterschiedliche Einstellungen gegenüber der Sowjetunion vorhanden waren, die Einstellungsänderungen offenbar nicht einheitlich abliefen.

Diese Einstellungsunterschiede wurden im fünften Kapitel ausführlich dargestellt, um dann im letzten Kapitel auf der Grundlage sozialpsychologischer Forschungsansätze nach ergänzenden Erklärungen für den unterschiedlichen Feindbildzerfall zu suchen. Ausgehend von den kognitiven Wahrnehmungsprozessen wurde die Social Identity Theory dargestellt und gezeigt, daß Wahrnehmungen und Einstellungen immer auch von der sozialen Identität der betreffenden Person abhängig sind. Auf dieser Grundlage kann die Social Identity Theory Entscheidendes zu einer Theorie der Feindbilder beitragen. Ähnlich verhält es sich mit der Theorie der kognitiven Dissonanz, die ebenfalls für den unterschiedlichen Feindbildzerfall erklärungskräftige Hypothesen anbieten kann. Der Überprüfung dieser Hypothesen konnte aber im Rahmen dieser Studie nur ansatzweise nachgegangen werden.

Weil in der bisherigen Feindbildforschung vor allem die Resistenz von Feindbildern im Mittelpunkt stand, wurden möglicherweise wichtige Elemente des Feindbilddenkens übersehen, die für die Erklärung des Feindbildabbaus notwendig sind. Dem könnte durch einen systematischen Rückgriff auf sozialpsychologische Ansätze abgeholfen werden. Genau an diesem Punkt muß sich die vor allem in der Friedensforschung so häufig eingeklagte Interdisziplinarität erweisen, denn nur in der unmittelbaren Zusammenarbeit von Politikwissenschaft und Sozialpsychologie läßt sich m.E. eine fundierte Theorieentwicklung zum Themenkomplex Feindbilder voranbringen.¹³⁷ Es existieren, insbesondere in den USA, Ansätze zu solcher Zusammenarbeit, mit denen vor allem die Ebene der poli-

¹³⁶ Vgl. Rattinger/Heinlein (Anm. 12), S. 223.

¹³⁷ Vgl. auch Helga Haftendorn, Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse, in: Rittberger (Hrsg.) (Anm. 56), S. 401-423, S. 415.

tischen Eliten und Regierungen analysiert wird.¹³⁸ Dabei werden jedoch auch Hinweise auf die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung gegeben. Ein hierbei vielfach anklingender Bereich ist der Zusammenhang von Einstellungen und kollektiver Identität, wie er hier im Rahmen der Social Identity Theory dargestellt wurde. Doch darf der Blick angesichts dieses erfolgversprechenden Ansatzes nicht vorschnell verengt werden. Notwendig ist beim jetzigen, mehrfach als defizitär beklagten Stand der Feindbild-Forschung¹³⁹ eine grundsätzlich interdisziplinäre Herangehensweise, die systematisch die in der Sozialpsychologie gewonnenen Erkenntnisse daraufhin untersucht, inwieweit sie sich auf den Bereich der internationalen Beziehungen und damit auf außenpolitische Einstellungen, speziell auch auf Feindbilder übertragen lassen.

138 Vgl. vor allem die letzten Jahrgänge der Zeitschrift *Political Psychology*.

139 Vgl. Klaus Jürgen Gantzel/Jens Siegelberg, *Krieg und Entwicklung. Überlegungen zur Theoretisierung von Kriegsursachen unter besonderer Berücksichtigung der Zeit seit 1945*, in: Rittberger (Hrsg.) (Anm. 56), S. 219-239, S. 224. Eva Senghaas-Knobloch (Anm. 56), S. 2. Hanne-Margret Birckenbach, *Jenseits von Mythen: Zur Politischen Psychologie des Friedens. Eine Einführung*, in: *Friedensanalysen* 24 (Anm. 114), S. 7-28, S. 9.

Anhang

Tabelle 7: "Fühlen Sie sich durch die Sowjetunion bedroht?"¹⁴⁰

Monat/ Jahr	bedroht	nicht bedroht	unent- schieden	keine Antwort	Institut, Quelle
7/52	66%	15%	19%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
10/54	64%	21%	15%	-	IfD, Faiss/Meyer (1981: 31)
4/56	45%	27%	28%	-	IfD, Faiss/Meyer (1981: 31)
3/58	51%	27%	22%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
7/62	63%	22%	-	15%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
11/64	39%	37%	24%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
4/65	50%	27%	23%	-	IfD, Faiss/Meyer (1981: 31)
7/65	60%	33%	-	7%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
4/66	38%	37%	25%	-	IfD, Faiss/Meyer (1981: 31)
7/67	31%	38%	-	20%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
7/68	48%	23%	-	23%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
11/68	54%	32%	14%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
7/69	37%	44%	-	20%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
9/69	32%	55%	13%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
7/70	46%	46%	-	9%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
4/71	28%	46%	26%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
7/71	39%	56%	-	5%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
7/72	31%	56%	-	13%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
7/73	33%	51%	-	16%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
7/74	35%	41%	-	24%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
7/75	41%	41%	-	17%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
7/76	45%	36%	-	20%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
8/76	47%	38%	15%	-	IfD, Jahrbuch 7: 135
7/77	41%	40%	-	18%	Emnid, Faiss/Meyer (1981: 24)
2/80	65%	25%	10%	-	IfD, Jahrbuch 8: 637
7/80	48%	48%	-	3%	Emnid, Wagenlehner (1988: 14)
7/81	59%	24%	17%	-	IfD, Jahrbuch 8: 637
2/82	55%	29%	16%	-	IfD, Jahrbuch 8: 637
7/84	47%	53%	-	0%	Emnid, Wagenlehner (1988: 14)

¹⁴⁰ Die Fragen der hier angeführten Umfragen waren nicht völlig miteinander identisch, sie zielten aber alle auf die Bedrohungswahrnehmung in der BRD und können deshalb in dieser Form dargestellt werden. "IfD" meint das Institut für Demoskopie in Allensbach, mit "Jahrbuch" ist der jeweilige Band des "Allensbacher Jahrbuchs der Demoskopie" gemeint. Weitere Quellen: Jürgen Hartmut Faiss/Berthold Meyer, Sicherheitspolitik und öffentliche Meinung. Eine Umfragedokumentation, Tübingen 1981. Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 18 und 19). Genton (Anm. 80). Mauch (Anm. 22). Liedtke (Anm. 13). Günther Wagenlehner, Vertrauen in die Entspannung. Meinungsbild zur Sicherheitspolitik, in: Informationen für die Truppe (1984) 4, S. 13-21.

6/86	26%	-	-	-	SINUS, Genton (1988: 4)
7/86	35%	64%	-	1%	Emnid, Wagenlehner (1988: 14)
7/87	29%	69%	-	2%	Emnid, Wagenlehner (1988: 14)
8/87	26%	53%	-	-	Allensbach, Mediatas 11/89: 4
7/88	24%	59%	-	17%	SINUS, Liedtke (1989: 116)
10/88	18,7%	80,2%	-	1,1%	Forschungsgruppe Wahlen (1988: 29)
2/89	20%	79%	-	-	Emnid, Der Spiegel 9/89: 51
3/89	14%	73%	-	-	Allensbach, Mediatas 11/89: 4
5/89	23%	76%	-	-	Emnid, Der Spiegel 23/89: 168
6/89	14,5%	83,7%	-	1,8%	Forschungsgruppe Wahlen (1989: 26)
7/89	20%	64%	-	-	Allensbach, Mediatas 11/89: 4
(10)/90	9%	74%	-	17%	SINUS, Mauch (1991: 48)